

Peter von Ins	Editorial	■ 79
	Thema/Question du jour	
Martin Schubarth	Verfolgungsverjährung 2002	■ 83
Martin Schubarth	La prescription 2002 de l'action pénale	■ 85
	Anwaltspraxis/Pratique du barreau	
Simon Hirsbrunner	Die Ermittlungsbefugnisse der Europäischen Kommission in Kartellbusverfahren – Eindrücke und Erfahrungen eines Hilfspolizisten	■ 87
Stefan Groß und Uli Mittermaier	Virtuelle Datenräume – das Internet als Arbeitsplattform	■ 90
Stéphane Gmünder	La TVA chez les avocats et notaires – Un parcours semé d'embûches!	■ 92
	Rechtsprechung / Jurisprudence	■ 96
	Rechtsetzung / Législation	■ 97
	Pressespiegel / Revue de presse	■ 100
	Forum	
Stéphane Riand	Entre éthique, déontologie et droit procédural	■ 103
	SAV – Kantonale Verbände / FSA – Ordres cantonaux	■ 106
	Agenda	■ 111

Impressum

Anwaltsrevue/Revue de l'avocat
6. Jahrgang 2003/6^e année 2003
ISSN 1422-5778

Zitiervorschlag/Suggestion de citation
Anwaltsrevue 3/2003, 77 ff.
Revue de l'avocat 3/2003, 77 ss

Herausgeber/Édité par
Helbing & Lichtenhahn Verlag
Schweizerischer Anwaltsverband/
Fédération Suisse des Avocats

Chefredaktion/Rédacteur en chef
Peter von Ins, Fürsprecher (v)
Bollwerk 21
CH-3001 Bern
Telefon/Téléphone: 031 328 35 35
Telefax: 031 328 35 40
E-Mail: vonins@bollwerk21.ch

**Verlag und Redaktion/
Edition et rédaction**
Helbing & Lichtenhahn Verlag
Lektorat Zeitschriften
Lic. phil. Roland Strub
Lic. phil. Anne-Marie Prévost
Elisabethenstrasse 8, CH-4051 Basel
Telefon/Téléphone: 061 228 90 70
Telefax: 061 228 90 71
Internet: www.helbing.ch
E-Mail: zeitschriften@helbing.ch

Mitarbeiter/Collaborateurs
Dr. iur. Marco Itin (It)
Lic. iur. Max Beetschen (Be)

Sekretariat SAV/Sécrétariat FSA
Marktasse 4, Postfach 8321
CH-3001 Bern
Telefon/Téléphone: 031 313 06 06
Telefax: 031 313 06 16
E-Mail: info@swisslawyers.com

Vertrieb/Distribution
Bookit Medienversand AG
Postfach, CH-4601 Olten
Telefon/Téléphone: 062 209 27 39
Telefax: 062 209 26 27
E-Mail: zeitschriften@sbz.ch

Inserate/Annonces
Kretz AG
General Wille-Str. 147, Postfach
CH-8706 Feldmeilen
Telefon/Téléphone: 01 925 50 60
Fax: 01 925 50 77
E-Mail: info@kretzag.ch

Preise/Prix
Jährlich/Annual: Fr. 148.–, € 101.–
Studenten/Étudiants: Fr. 98.–, € 67.–
Einzelheft/Numéro séparé: Fr. 20.–, € 14.–
Mitglieder des SAV gratis/Membres FSA gratuit
Alle Preise zzgl. MWST.
Kündigungen für die neue Abonnementsperiode sind schriftlich und bis spätestens 31. Oktober des vorangehenden Jahres mitzuteilen. / La résiliation de l'abonne-

ment pour une nouvelle période doit être communiquée par écrit au plus tard jusqu'au 31 octobre de l'année précédant la nouvelle période.

Copyright
© Titel «Anwaltsrevue/Revue de l'avocat»
by Schweizerischer Anwaltsverband, Bern
© Inhalt by Schweizerischer Anwaltsverband Bern und Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel/Genf/München
© Gestaltung, Umsetzung und Grafik
by Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel/Genf/München

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitschrift und ihre Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. / Tous droits réservés. La revue est protégée par la législation sur les droits d'auteur. Toute exploitation non autorisée par la loi nécessite l'accord écrit de l'éditeur.

Die in dieser Zeitschrift ausgerichteten Meinungen müssen nicht denjenigen der Redaktion entsprechen. / Les opinions publiées dans cette revue n'engagent pas la rédaction.

Meiner ist besser als deiner

Manchmal liebt Redlich das Risiko. Deshalb geht er ab und zu in die Ferien. Obschon er Anwalt ist. Sie fragen sich, wo da der Zusammenhang liegt? Lesen Sie denn ausser der *Anwaltsrevue* keine Fachzeitschriften?

ZR 102 Seite 11, aus einem Entscheid des Kassationsgerichts: «(. . .) Mit Eingabe vom 25. Januar 2002 ersuchte der Vertreter des Beschwerdeführers (Beklagter) um Verschiebung dieses Termins, da er selbst am betreffenden Tag in den Ferien und der Beschwerdeführer seinerseits aufgrund dringender Geschäfte im Ausland weilen werde. Dieses Gesuch wies der handelsgerichtliche Instruktionsrichter mit Verfügung vom 28. Januar 2002 in der Erwägung ab, dass es nicht akzeptiert werden könne, dass ein Rechtsvertreter in den Ferien weile, statt Gerichtstermine wahrzunehmen, (. . .).»

Ganz schön riskant für einen Anwalt, einfach so Ferien zu machen. Und trotzdem hat Redlich jüngst Ferien gewagt, im Bewusstsein, dass handelsgerichtliche Instruktionsrichter das nicht akzeptieren!

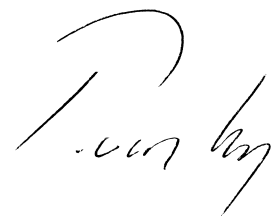
Die Sonne lacht. Das Bergpanorama ist atemberaubend. Die Sonnenterrasse fast bis auf den letzten Platz besetzt. Weit hinten ein leerer Tisch. Redlich zögert. Zieht die Kapuze seines Anoraks über den Kopf, schiebt das Halstuch bis über die Nasenspitze unter die verspiegelte Sonnenbrille. Wittert, sichert, rückt nervös zwei Tische vor, prüft die weiteren Tische – kein Handelsrichter! – Redlich ist gerettet und erobert den freien Tisch mit einem Spurt. Einen Hauskaffee bestellen, Kapuze runter, Halstuch weg, Brille ab von wegen den weissen Ringen um die Augen und einfach nur geniessen, fernab von Gerichtsterminen und Instruktionsrichtern, wie aufregend!

Die Bergluft tief einziehen, derweil sie unten im Nebel verzweifelt Instruktionsstermine mit seiner Kanzlei zu vereinbaren versuchen, welche nicht in Ferien fallen. Allein diese Vorstellung macht Redlichs Aufenthalt auf der Terrasse zu absoluten Wellnessferien – voll im Trend.

Redlich bestellt vor lauter Aufregung über die Vorstellung, allenfalls von einem handelsgerichtlichen Instruktionsrichter in den Ferien entdeckt werden zu können, einen zweiten Hauskaffee.

«Ist hier noch frei», fragt das elegante Paar, das auf einmal vor Redlichs Tisch steht. «Gerne», hört Redlich sich sagen und denkt, das wäre die perfekte Tarnung vor Richtern, welche Ferien- und Gerichtsterminen-vorziehende Anwälte aufspüren wollen. Nur ja nicht alleine und exponiert an einem Tisch im Bergrestaurant sitzen. Redlich ist wieder entspannt und lässt seinen Blick zum wiederholten Male übers Panorama schweifen. Das Paar unterhält sich derweil bei einem Dreier Weisswein. «Hat deiner schon etwas gemacht», hört Redlich die Dame sagen. «Eigentlich nicht», antwortet ihr Partner. «Was, eigentlich nicht!

Hat er nun oder hat er nicht?» «Einen Vorschuss hat er verlangt», brummt daraufhin der Mann. «Was, einen Vorschuss – ohne dass er viel gemacht hat?» «Ja, das ist bei denen so üblich.» Redlich kommt sich vor wie ein akustischer Voyeur, wie unter Zwang muss er sich nun auf das Gespräch der beiden konzentrieren. «Und du hast ihn bezahlt?», will die Frau nun weiter wissen und fügt leicht triumphierend hinzu: «Meiner hat noch keinen verlangt! Er hat mir aber mal was vorgerechnet.» «Das wird meiner auch tun, eben wenn er den Vorschuss hat.» «Du hättest meinem seine Augen sehen sollen, als er deine Steuererklärung durchgegangen ist!» «Warum?» «Wegen der vielen Liegenschaften und den Firmenabschlüssen.» «Meiner meint, Du müsstest dir die Dividenden als Einkommen anrechnen lassen.» «Spinnt du eigentlich, das ist aus der Erbschaft.» «Musst halt deinen mal fragen, wie das rechtlich ist.» «Weiss deiner, dass wir zusammen heute hier oben sind?» Redlich ist von diesem Dialog mittlerweile dermassen gefesselt, dass er die Serviertochter wieder stumm wegschickt, welche er wenig vorher zwecks «Zahlen» herbei gewunken hatte. Wenn die wüssten, welche Berufsgattung da neben ihnen sitzt! In Hörweite! Redlich freute sich schon, bald mit einer harmlosen Bemerkung einige Punkte anwaltlicher Gepflogenheiten und juristischer Gegebenheiten klarzustellen. Hoffentlich hatte er für den Notfall sein Kärtchen dabei. Aber schon ging's neben ihm weiter: «Meiner hat gesagt, wenn du in deinen Firmen mit den Abschlüssen wiederum so lange hättest, wie letztes Jahr, kämen wir nie vorwärts.» «Das stimmt nicht, meiner hat sie längst – aber der macht nicht vorwärts.» «Nimm doch einen andern, das übernimmt jeder mit Handkuss bei diesen Zahlen.» «Hab ich ja bereits eingeleitet.» «Welchen wolltest du dann?» «Ursprünglich einen gewissen Redlich, ich hab den einmal an einem Kongress getroffen, aber der war nun in den Ferien, jetzt hab ich den Meier.» «Du, aber wenn es dann so weit ist, dann gehen wir selber zum Richter, unsere Anwälte schicken wir dann auch in die Ferien, gell?» Im Gelächter des Paares überhörte die Serviertochter erneut den schwachen Ruf jenes Mannes, welcher neben dem Paar offenbar trotz strahlendem Sonnenschein erbärmlich fror. Er hatte eine Kapuze übergezogen und das Halstuch bis unter die Sonnenbrille hochgeschoben.



Peter von Ins, Fürsprecher

Martin Schubarth*

Verfolgungsverjährung 2002

I. Einleitung

1. Durch zwei Bundesgesetze vom 5. Oktober 2001 und vom 22. März 2002¹, beide in Kraft seit 1. 10. 2002, ist das Recht der strafrechtlichen Verfolgungsverjährung völlig neu gestaltet worden. Gerne komme ich der Einladung nach, zuhänden der Anwaltschaft einen kurzen Abriss des neuen Verjährungsrechtes zu geben. Eine ausführliche Darstellung aus meiner Feder ist auf den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des neuen Verjährungsrechtes in der Schweizerischen Zeitschrift für Strafrecht erschienen.² Darauf sei einleitend generell verwiesen.

2. Schon hier sei auf das *intertemporale Recht* hingewiesen.

Das neue Verjährungsrecht gilt nach der allgemeinen Bestimmung von Art. 337 StGB grundsätzlich nur für Taten, die nach In-Kraft-Treten des neuen Rechtes begangen wurden. Das *alte Verjährungsrecht* gilt also *grundsätzlich* für vor diesem Zeitpunkt begangene Straftaten *weiter*; es sei denn, das neue Recht ist das mildere, was vielfach nicht der Fall sein dürfte. Auf jeden Fall wird der vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes abgelaufene Zeitraum angerechnet.

Soweit also das Gesetz nicht ausdrücklich eine Ausnahme von der allgemeinen Regel des Art. 337 StGB vorsieht, ist noch während Jahren für altrechtliche Fälle zu prüfen, ob das alte oder das neue Recht das mildere ist. Da das alte Recht häufig das mildere sein wird, wird sich der praktische Anwalt gegebenenfalls noch während Jahren mit dem Recht der Verfolgungsverjährung in seiner alten Fassung auseinander setzen müssen.³

II. Die Grundsätze des neuen Verjährungsrechtes

3. Das neue Verjährungsrecht beruht auf einem *grundsätzlichen Systemwechsel*. Das bisherige System von relativen und absoluten Verjährungsfristen wurde aufgegeben; ebenso die Möglichkeit der Verjährungsunterbrechung und die Möglichkeit des Ruhens der Verjährung (jedenfalls im StGB).

4. Das neue System beruht – etwas vereinfacht – auf den folgenden Grundgedanken:

- Nur noch eine Verjährungsfrist (Aufhebung von relativer/absoluter Verjährung).
- Die neue Verjährungsfrist ist grundsätzlich länger als die bisherige Frist für die relative Verjährung; sie entspricht in der Regel der Frist für die bisherige absolute Verjährung (*neue längere Verjährungsfrist*).
- Eine Verjährung kann nur eintreten bis zum Abschluss des erstinstanzlichen Verfahrens (*keine Verjährung im Rechtsmittelverfahren*).

- Nach Abschluss des erstinstanzlichen Verfahrens kommt eine Verfahrenseinstellung bei gravierender Verletzung des Beschleunigungsgebotes in Betracht (*im Rechtsmittelverfahren nur noch Beschleunigungsgebot*).

5. Nach dem Gesagten kann im Unterschied zum geltenden Recht im Rechtsmittelverfahren nicht mehr die absolute Verjährung eintreten. Für den praktischen Anwalt ergeben sich daraus folgende Vorteile: Er sieht sich nicht mehr mit der Gewissensfrage konfrontiert, ob er ein Rechtsmittel ausschliesslich deshalb einlegen soll, um gegebenenfalls im Rechtsmittelverfahren die absolute Verjährung zu erreichen. Das Problem, wer die unter Umständen immensen Kosten eines Ehrverletzungsprozesses tragen muss, der zufolge absoluter Verjährung im Rechtsmittelverfahren eingestellt werden musste, entfällt nach neuem Recht.

III. Verjährungsfristen

6. Die neuen Verjährungsfristen sind folgende:

- 30 Jahre, wenn die Tat mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht ist;⁴
- 15 Jahre, wenn die Tat mit Gefängnis von mehr als 3 Jahren oder mit Zuchthaus bedroht ist;⁵
- 7 Jahre, wenn die Tat mit einer anderen Strafe bedroht ist;⁶
- 3 Jahre, wenn es sich um eine Übertretung handelt;⁷
- 7 Jahre, wenn es um eine Einziehung geht; jedoch mit der Ergänzung, dass eine längere Verjährungsfrist für die Verfolgung von strafbaren Handlungen auch für die Einziehung Anwendung findet.⁸ Der zuletzt genannte Zusatz hat praktische Bedeutung vor allem bei Verbrechen und Vergehen, die mit einer Gefängnisstrafe von mehr als 3 Jahren bedroht sind.

7. Die Neugestaltung des Verjährungsrechtes im Allgemeinen Teil hatte zur Folge, dass auch verschiedene spezielle *Verjährungsfristen*, die im Besonderen Teil geregelt sind, neu bestimmt werden mussten.⁹

8. Für andere Bundesgesetze (also vor allem für das sogenannte *Nebenstrafrecht*) findet sich in Art. 333 Abs. 5 StGB eine *Anpassungsvorschrift*. Danach gilt bis zu ihrer Anpassung in anderen Bundesgesetzen Folgendes: Die Verfolgungsverjährungsfristen für Verbrechen und Vergehen werden um die Hälfte und die für Übertretungen um das Doppelte der ordentlichen Dauer erhöht. Verfolgungsverjährungsfristen für Übertretungen, die über ein Jahr betragen, werden um die ordentliche Dauer verlängert. Die Regeln über die Unterbrechung und das Ruhen der Verfolgungs-

* Professor Dr. Martin Schubarth, Bundesrichter, Lausanne/Basel.

verjährung werden aufgehoben; Ausnahme: Art. 11 Abs. 3 VStrR. Neu gilt überall, dass die Verfolgungsverjährung nicht mehr eintritt, wenn vor Ablauf der Verjährungsfrist ein erstinstanzliches Urteil ergangen ist.

9. Unverändert bleibt das Prinzip der Unverjährbarkeit nach Art. 75^{bis} StGB (Verbrechen gegen die Menschlichkeit).

IV. Besondere Verjährungsvorschriften für sexuelle Handlungen mit Kindern

10. Neu gilt in Bezug auf sexuelle Handlungen mit Kindern der Grundsatz, dass die Verfolgungsverjährung auf jeden Fall *mindestens bis zum vollendeten 25. Lebensjahr des Opfers* dauert.¹⁰ Diese neue längere Verjährungsfrist findet *auch Anwendung auf altrechtliche Taten*, sofern die Verjährung für die altrechtliche Tat zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des neuen Rechtes am 1. Oktober 2002 noch nicht eingetreten war (*intertemporal* vom allgemeinen Grundsatz *abweichende Regelung*).¹¹

Diese besondere Verjährungsfrist gilt überdies nicht nur bei sexuellen Handlungen mit Kindern, sondern auch bei sexuellen Handlungen mit unmündigen Abhängigen sowie bei Straftaten nach Art. 111, 113, 122, 189–191, 195 und 196 StGB, die sich gegen ein Kind unter 16 Jahren richten.

11. Eine sexuelle Handlung an einem noch nicht 5-jährigen Kind verjährt nach dieser neuen Vorschrift also erst nach mehr als 20 Jahren. Die damit entstehenden praktischen Probleme werden sich erst in einigen Jahren zeigen. Vielleicht wird man sich dannzumal die heute verdrängten folgenden Grundsätze in Erinnerung rufen, die für das Prinzip der Verjährung sprechen: *Beweisprobleme; Rückgang des Strafbedürfnisses; Identitätswandel des Täters*. Und vielleicht wird es dannzumal besonnenen Opfervertretern gelingen darzulegen, dass ein Hinausschieben der Verjährung bis zum Eintritt des 25. Altersjahrs des Opfers häufig gar nicht im Opferinteresse liegt.

12. Heute muss sich der praktische Anwalt bewusst sein, dass im Bereich der hier angesprochenen Delikte auf Grund des neuen Rechtes, das wie gesagt gegebenenfalls auch auf altrechtliche Konstellationen Anwendung findet, die Verfolgungsverjährung gegebenenfalls viel später eintritt als nach bisherigem Recht.

V. Inzest

13. Praktisch weniger bedeutsam ist die Änderung der bisher kurzen Verjährungsfrist von 2 Jahren für den Inzest.¹² Neu besteht für den Inzest eine *Verjährungsfrist von 7 Jahren*.¹³

Wird der Inzesttatbestand in Idealkonkurrenz mit Art. 187 StGB begangen, also mit minderjährigen Kindern, gilt für den Inzesttatbestand ebenfalls neu die Verjährungsfrist von 7 Jahren; die Verjährungsverlängerung bis zum 25. Altersjahr des Opfers

gilt nur für den Tatbestand der sexuellen Handlungen mit Kindern, nicht aber für den Inzest mit Kindern – ein gewisser Widerspruch. Immerhin sollte man sich bewusst sein, dass Strafverfahren ausschliesslich wegen Inzestes äusserst selten sind. Die ganze Übung der Verjährungsverlängerung bei Inzest hätte man sich getrost ersparen können.¹⁴

VI. Zusammenfassende Würdigung

14. Das neue Verjährungsrecht bringt in seinen allgemeinen Bestimmungen eine wesentliche Vereinfachung. Die Strafverfolgungsbehörden können ihre Kräfte für sinnvollere Fragen einsetzen, als für die teilweise mühsamen Quisquilien des alten Verjährungsrechtes. Entsprechend dürfte sich auch die Arbeit für die Anwälte erleichtern. Allerdings: Wie dargelegt, gilt das bisherige Recht weiterhin für altrechtliche Taten, soweit es, was in der Regel der Fall sein dürfte, das mildere ist. Alle Praktiker werden deshalb das zweifelhafte Vergnügen haben, mit zwei parallelen Rechten noch während Jahren leben zu müssen. Die eine Hand des Gesetzgebers nimmt eben weitgehend zurück, was die andere an Positivem beschert hat. Eine nachträgliche Revision von Art. 337 StGB (respektive der entsprechenden Bestimmung im revidierten StGB) würde allen Praktikern eine wesentliche Arbeitserleichterung verschaffen.

15. Soweit eine *Verjährung* überhaupt noch in Betracht kommt (Ablauf der Verjährungsfrist vor erstinstanzlichem Urteil), tritt diese *tendenziell später* ein als nach geltendem Recht, weil es die Möglichkeit der relativen Verjährung nicht mehr gibt. Ausnahme: Die neue Verjährungsfrist für Vergehen mit einer Maximalstrafe von 3 Jahren Gefängnis ist mit 7 Jahren kürzer als die bisherige absolute Verjährungsfrist von 7½ Jahren. Nach erstinstanzlichem Urteil gibt es, wie gesagt, keine Verjährung mehr.

16. Die Neuregelung dürfte entsprechende *Konsequenzen für die zivilrechtliche Verjährung aus unerlaubter Handlung* haben, wenn sich die zivilrechtliche Klage aus einer strafbaren Handlung herleitet.¹⁵

1 BBl 2001 5738; 2002 2750.

2 Martin Schubarth, Das neue Recht der strafrechtlichen Verjährung, ZStrR 2002, 321 ff.

3 Siehe dazu die Kommentierung von Peter Müller, BSK StGB Art. 70 ff.

4 Art. 70 Abs. 1 lit. a StGB.

5 Art. 70 Abs. 1 lit. b StGB.

6 Art. 70 Abs. 1 lit. c StGB.

7 Art. 109 StGB.

8 Art. 59 Ziff. 1 3. Lemma StGB.

9 Einzelheiten siehe Schubarth, a. a. O., 331.

10 Art. 70 Abs. 2 StGB.

11 Art. 70 Abs. 4 StGB.

12 Art. 213 Abs. 3 aStGB.

13 Gemäss der allgemeinen Regel von Art. 70 Abs. 1 lit. c.

14 Vgl. Schubarth, a. a. O., 323.

15 Art. 60 Abs. 2 OR.

Martin Schubarth*

La prescription 2002 de l'action pénale

I. Introduction

1. Le droit de la prescription de l'action pénale a été fondamentalement remanié par le biais de deux lois fédérales, du 5 octobre 2001 et du 22 mars 2002, toutes deux en vigueur depuis le 1^{er} octobre 2002.¹ C'est volontiers que j'accepte l'invitation à faire un bref exposé du nouveau droit de la prescription aux avocates et aux avocats. Au moment de l'entrée en vigueur de ce nouveau droit, une présentation détaillée paraissait de ma plume dans la Revue pénale suisse. A titre introductif, il est renvoyé de manière générale à l'article en question.²

2. Il convient de se référer ici déjà au *droit transitoire*.

En vertu de la disposition générale de l'art. 337 CP, le nouveau droit de la prescription ne s'applique fondamentalement qu'aux infractions qui ont été commises après l'entrée en vigueur du nouveau droit. L'*ancien droit de la prescription demeure donc en principe en vigueur* pour les infractions commises avant cette date, à moins que le nouveau droit ne soit plus favorable, ce qui souvent ne devrait pas être le cas. Le temps écoulé avant l'entrée en vigueur de cette loi sera imputé dans tous les cas.

Par conséquent, dans la mesure où la loi ne prévoit pas expressément une exception à la règle générale de l'art. 337 CP, il faudra examiner encore pendant des années, pour les cas relevant de l'ancien droit, lequel de ce dernier ou du nouveau droit est le plus favorable. Etant donné que l'ancien droit sera fréquemment le plus favorable, l'avocat praticien sera éventuellement amené à prendre en considération pendant des années encore le droit de prescription de l'action dans son ancienne teneur.³

II. Les principes du nouveau droit de la prescription

3. Le nouveau droit de la prescription repose sur un *changement fondamental de système*. Le régime du délai de prescription relatif et du délai de prescription absolu jusque là en vigueur a été abandonné; il en est allé de même de la possibilité d'interrompre la prescription et de celle de la suspendre (en tout cas dans le CP).

4. De façon quelque peu simplifiée, le nouveau système repose sur les idées de base suivantes:

- Plus qu'un seul délai de prescription (suppression de la prescription relative/absolue).
- Le nouveau délai de prescription est en principe plus long que celui qui existait pour la prescription relative; il correspond en règle générale au délai en vigueur jusqu'ici pour la prescription absolue (*nouveau délai de prescription plus long*).

- Une prescription ne peut être acquise que jusqu'à la fin de la procédure de première instance (*pas de prescription dans la procédure de recours*).
- Après la fin de la procédure de première instance, un non-lieu sera envisageable en cas de violation grave du principe de célérité (*dans la procédure de recours, seul le principe de célérité pourra encore être pris en considération*).

5. Selon ce qui précède et à la différence du droit applicable, la prescription absolue ne peut plus être acquise en procédure de recours. Cela présente les avantages suivants pour l'avocat praticien: il n'est plus confronté à la question de conscience de savoir s'il forme un recours dans le seul but d'atteindre, le cas échéant, la prescription absolue durant la procédure de recours. Sur la base du nouveau droit, le problème ne se pose ainsi plus de savoir qui pourrait être amené à assumer les frais, parfois énormes, d'un procès pour atteinte à l'honneur clos par un non-lieu à la suite de l'atteinte de la prescription absolue durant la procédure de recours.

III. Délais de prescription

6. Les nouveaux délais de prescription sont les suivants:

- 30 ans si l'infraction est passible de la réclusion à vie;⁴
- 15 ans si l'infraction est passible de l'emprisonnement pour plus de 3 ans ou de la réclusion;⁵
- 7 ans si l'infraction est passible d'une autre peine;⁶
- 3 ans s'il s'agit d'une contravention;⁷
- 7 ans s'il s'agit d'une confiscation, avec toutefois la précision qu'un délai de prescription plus long pour la poursuite de l'infraction en cause est également applicable à la confiscation.⁸ Cette dernière précision a une portée pratique surtout pour les crimes et les délits passibles de l'emprisonnement pour plus de 3 ans.

7. Le nouvel aménagement du droit de la prescription dans les Dispositions générales du CP a eu pour effet que divers *délais de prescription spéciaux* prévus dans les Dispositions spéciales ont dû être nouvellement déterminés.⁹

8. Pour les autres lois fédérales (c'est-à-dire avant tout pour la *législation pénale dite complémentaire*), une *disposition d'adaptation* figure à l'art. 333 al. 5 CP. Selon cette disposition, les règles suivantes s'appliquent jusqu'à l'adaptation des autres lois fédérales: les délais de prescription de l'action pénale sont augmentés de la moitié de la durée ordinaire pour les crimes et les délits et du double de la durée ordinaire pour les contraventions,

* Martin Schubarth, Professeur, dr en droit, juge fédéral, Lausanne/Bâle. Traduit de l'allemand par Jacques Pasche, licencié en droit et en sciences commerciales et actuarielles, Bienne.

ceux pour les contraventions supérieures à une année étant augmentées de la durée ordinaire. Les règles relatives à l'interruption et à la suspension de la prescription de l'action pénale sont abrogées; l'art. 11 al. 3 DPA est réservé. En outre, dans tous les cas, la prescription de l'action pénale ne court plus si, avant son échéance, un jugement de première instance a été rendu.

9. Le principe de l'imprescriptibilité selon l'art. 75^{bis} CP (crimes contre l'humanité) demeure inchangé.

IV. Règles particulières en matière de prescription pour les actes d'ordre sexuel à l'encontre d'enfants

10. En ce qui concerne les actes d'ordre sexuel à l'encontre d'enfants, est posé nouvellement le principe selon lequel la prescription de l'action court en tout cas *au moins jusqu'aux 25 ans révolus de la victime*.¹⁰ Ce nouveau délai de prescription plus long est également valable pour les actes commis sous l'ancien droit, dans la mesure où la prescription de l'acte commis sous l'ancien droit n'avait pas encore été acquise lors de l'entrée en vigueur du nouveau droit, le 1^{er} octobre 2002 (*réglementation s'écartant du principe général, au niveau intertemporel*).¹¹

Ce délai de prescription particulier ne vaut en outre pas seulement pour les actes d'ordre sexuel à l'encontre d'enfants, mais aussi pour ceux commis envers des mineurs dépendants ainsi que pour les infractions au sens des art. 111, 113, 122, 189 à 191, 195 et 196 CP dirigées contre un enfant de moins de 16 ans.

11. Par conséquent, selon cette nouvelle norme, un acte d'ordre sexuel à l'encontre d'un enfant de moins de 5 ans ne sera prescrit qu'après plus de 20 ans. Les problèmes pratiques qui en découlent n'apparaîtront que dans quelques années. Peut-être se souviendra-t-on alors des arguments suivants, actuellement occultés, qui parlent en faveur du principe de la prescription: *problèmes de preuves; affaiblissement du besoin de répression; changement de l'identité de l'auteur*. Et peut-être qu'alors les représentants des victimes parviendront, après réflexion, à démontrer qu'un ajournement de la prescription jusqu'aux 25 ans de la victime n'est fréquemment pas du tout dans l'intérêt de celle-ci.

12. Aujourd'hui, l'avocat praticien doit se rendre compte que, pour les délits dont il est question ici, la prescription de l'action sur la base du nouveau droit – qui, comme nous l'avons déjà dit, est susceptible de s'appliquer aussi à des constellations relevant de l'ancien droit – peut le cas échéant survenir beaucoup plus tard que selon le droit antérieur.

V. Inceste

13. La modification du délai de prescription pour l'inceste, jusqu'ici de 2 ans seulement, a moins de signification pratique.¹² Le nouveau *délai de prescription* pour l'inceste est de 7 ans.¹³

Si le délit d'inceste est commis en concours idéal avec celui de l'art. 187 CP, soit contre des enfants mineurs, le nouveau délai de prescription de 7 ans s'appliquera au délit d'inceste. La prolongation de la prescription jusqu'aux 25 ans de la victime ne

vaut que pour les actes d'ordre sexuel à l'encontre d'enfants, mais non pas pour l'inceste à l'encontre d'enfants, ce qui constitue une certaine contradiction. L'on devrait toutefois être conscient du fait que les procédures pénales ouvertes uniquement pour cause d'inceste sont extrêmement rares. L'on aurait sans autres pu s'épargner tout l'exercice de la prolongation du délai de prescription dans les cas d'inceste.¹⁴

VI. Appréciation résumée

14. Le nouveau droit de la prescription introduit une simplification importante dans ses dispositions générales. Les autorités de poursuite pénale sont ainsi en mesure de consacrer leur énergie à des questions plus judicieuses que celles, parfois pénibles, soulevées par l'ancien droit de la prescription. Le travail des avocats et des avocates devrait aussi s'en trouver facilité. Cependant, comme nous l'avons dit, le droit antérieur continue d'être applicable aux infractions commises sous l'ancien droit dans la mesure où, et ceci devrait en principe être le cas, celui-ci est plus favorable. Tous les praticiens auront donc le plaisir douteux de devoir s'accommoder encore pendant des années de deux droits parallèles. Une main du législateur reprend en effet dans une large mesure les éléments positifs offerts par l'autre. Une révision ultérieure de l'art. 337 CP (respectivement de la disposition correspondante du CP révisé) faciliterait grandement le travail de tous les praticiens.

15. Pour autant qu'une *prescription* entre encore en ligne de compte (échéance du délai de prescription avant le jugement de première instance), celle-ci a *tendance* à intervenir plus tard que selon le droit actuel, parce que la possibilité d'une prescription relative n'existe plus. *Exception*: le nouveau délai de prescription de 7 ans pour les délits passibles de l'emprisonnement pour 3 ans au plus est plus court que le délai antérieur de prescription absolue de 7 ans et demi. Comme cela a été dit, il n'y a plus de prescription après le jugement de première instance.

16. La nouvelle réglementation devrait avoir des *conséquences pour la prescription de l'action civile du fait d'actes illicites*, si l'action civile est fondée sur un acte punissable.¹⁵

1 FF 2001 5480, 2002 2581.

2 Martin Schubarth, Das neue Recht der strafrechtlichen Verjährung, RPS 2002, 321 ss.

3 Voir à ce sujet le commentaire de Peter Müller: Commentaire bâlois CP art. 70 ss.

4 Art. 70 al. 1 let. a CP.

5 Art. 70 al. 1 let. b CP.

6 Art. 70 al. 1 let. c CP.

7 Art. 109 CP.

8 Art. 59 ch. 1 par. 3 CP.

9 Voir les détails dans Schubarth, op. cit. 331.

10 Art. 70 al. 2 CP.

11 Art. 70 al. 4 CP.

12 Art. 213 al. 3 aCP.

13 Selon la règle générale de l'art. 70 al. 1 let. c CP.

14 Cf. Schubarth, op. cit., 323.

15 Art. 60 al. 2 CO.

Simon Hirsbrunner*

Die Ermittlungsbefugnisse der Europäischen Kommission in Kartellbussgeldverfahren – Eindrücke und Erfahrungen eines Hilfspolizisten

Der nachfolgende Beitrag beruht auf einem Referat, gehalten am 4. Dezember 2002 vor der Fachgruppe Wettbewerbsrecht des Zürcher Anwaltsverbandes. Die Vortragsform wurde für die Zwecke dieser Veröffentlichung beibehalten.

I. Einleitung

Die Politik meint es nicht gut mit den Kartellen. Allenthalben wird gegen sie aufgerüstet. Insbesondere in den USA und der Europäischen Union werden laufend spektakuläre Fänge gemeldet. Bussgelder werden in immer neuen Rekordhöhen festgesetzt. Und nun scheint diese harte Welle auch auf die Schweiz überzuschwappen. Es ist wahrlich nichts mehr wie früher. Eine merkwürdige Begleiterscheinung dieser verschärften Politik gegen Kartelle betrifft auch den kartellrechtlich tätigen Rechtsanwalt. Denn dessen Rolle wird auf eine Weise verändert, die geeignet ist, den Rechtsanwalt in eine kleinere Identitätskrise zu stürzen. Das klingt seltsam. Aber lassen Sie mich erläutern. Alle bedeutende Kartellrechtsordnungen kennen inzwischen eine sogenannte Kronzeugen- oder Bonusregelung. Auch in der Schweiz soll eine solche Bonusregelung eingeführt werden.¹ Kennzeichen dieser Bonusregelungen ist jedoch, dass die Unternehmen dafür belohnt werden, wenn sie sich selbst und die anderen Kartellmitglieder bei den Wettbewerbsbehörden anzeigen. Dem Rechtsanwalt kommt dabei eine etwas merkwürdige Rolle zu. Von ihm wird nicht mehr verlangt, dass er seinen Mandanten von allen Vorwürfen reinwäscht. Wenn er seinen Mandanten gut vertreten will, muss er vielmehr – wie ein Hilfspolizist – die Missetaten seines Mandanten möglichst umfassend ermitteln und muss diesen dann regelrecht ans Messer liefern in der Hoffnung, dieser werde noch einmal relativ ungeschoren davonkommen. Wenn man über die Ermittlungsbefugnisse der Wettbewerbsbehörden spricht, darf man daher nicht ausser Acht lassen, dass ein Grossteil der Ermittlungsmassnahmen infolge der Bonusregelungen in Rechtsanwaltskanzleien ausgelagert werden. Es schien mir wichtig, dies einleitend klarzustellen. Ich werde später noch einmal darauf zurückkommen.

Ich werde heute die Ermittlungsbefugnisse jener Wettbewerbsbehörde schildern, die ich am Besten kenne, weil ich mit ihr beruflich zu tun habe. Dies ist die Europäische Kommission. Über dieses Thema heute sprechen zu können, scheint mir übrigens aus zwei Gründen besonders spannend. Erstens hat der Rat der Europäischen Union am letzten Dienstag eine politische

Grundsatzeinigung über eine neue Verordnung getroffen, die die Zuständigkeiten und das Verfahren in EG-Kartellrechtsfällen, darunter auch die Ermittlungsbefugnisse der Kommission, radikal umkrempeln soll.² Die Verordnung soll ab dem 1. Mai 2004 gelten. Und zweitens ist seit diesem Jahr das bilaterale Luftverkehrsabkommen in Kraft.³ Dieses Abkommen sieht unter anderem vor, dass die Europäische Kommission in der Schweiz Ermittlungen durchführen darf, vorausgesetzt es geht um Sachverhalte aus dem Bereich des Luftverkehrs.

Ich werde jetzt die einzelnen Instrumente schildern, die der Kommission zur Sachverhaltsermittlung zur Verfügung stehen. Es handelt sich dabei um Auskunftersuchen, Nachprüfungen – wir würden in der Schweiz wohl «Durchsuchungen» sagen – sowie Zeugeneinvernahmen. Anschliessend werde ich mich zum «Professional Privilege» in EG-Kartellbussgeldverfahren äussern.

II. Auskunftersuchen

Ich glaube, das Instrument des Auskunftersuchens muss ich Ihnen nicht gross vorstellen. Es sollte den meisten unter Ihnen aus der Praxis bekannt sein. In der Vergangenheit ist teilweise heftig die Frage diskutiert worden, ob schweizerische Unternehmen dazu verpflichtet sind, Auskunftersuchen der Europäischen Kommission zu beantworten. Rechtlich besteht eine solche Verpflichtung mittlerweile im Luftverkehrsbereich. In allen anderen Bereichen erfolgt eine Beantwortung der Auskunftersuchen nur freiwillig.

Auch Unternehmen aus der Europäischen Union müssen nicht alle Fragen beantworten, die ihnen die Kommission stellt. Sie verfügen vielmehr über ein Aussageverweigerungsrecht, auch wenn dieses sehr begrenzt ist. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs müssen die Unternehmen lediglich diejenigen Fragen beantworten, die sich auf konkrete Tatsachen beziehen, selbst wenn diese Tatsachen belastend sind. Die Unternehmen müssen jedoch keine wertenden Fragen beantworten, wenn sie durch ihre Antwort das Vorliegen einer Zuwiderhandlung eingestehen müssten. Denn es ist immer noch die Kommission, die die Beweislast für den Nachweis dieser Zuwiderhandlung trägt. So darf die Kommission zwar fragen, ob an diesem oder jenem Datum ein Treffen zwischen Wettbewerbern stattgefunden hat. Sie darf aber z. B. nicht nach den Themen fragen, die an diesen Treffen besprochen wurden. Ebenso wenig

* Fürsprecher Simon Hirsbrunner, LL. M., ist im Büro Brüssel der Rechtsanwaltssozietät GLEISS LUTZ tätig und ist Assoziiertes Mitglied des Barreau de Bruxelles – Nederlandse Orde van Advocaten.

darf sie nach dem Zweck fragen, der mit den Treffen verfolgt werde.⁴ In der Praxis ist es allerdings schwierig, die zulässigen von den unzulässigen Fragen zu unterscheiden.

Für einen Anwalt gibt es natürlich nichts Schöneres, als wenn er mit der Kommission einen Streit über solche Grundsatzfragen anzetteln kann, insbesondere wenn er dafür auch noch bezahlt wird. Aber leider ist es in den meisten Fällen nicht im Interesse des Mandanten, dass ein solcher Streit stattfindet.

Wir müssen uns vor Augen führen, dass an Kartellen immer mehrere Unternehmen beteiligt sind. Die Ermittlungen der Europäischen Kommission in Kartellbussgeldverfahren richten sich denn auch typischerweise gegen mehrere Unternehmen gleichzeitig. Die Folge ist das klassische «Prisoner's dilemma». Die Unternehmen wissen voneinander, dass sie alle von der Kommission befragt werden. Gleichzeitig erhoffen sie natürlich voneinander, dass keiner von ihnen ausplaudert. Doch ist den Unternehmen auch bewusst, dass sie alle einer grossen Versuchung ausgesetzt sind, und dass diese Versuchung geeignet ist, die gegenseitige Solidarität zu untergraben. Denn wer mit der Kommission zusammenarbeitet, hat die Hoffnung, dafür mit einem Bussgeldrabatt belohnt zu werden. Es kann sich also jeder ausrechnen, dass zumindest einer der Versuchung nachgeben und alles ausplaudern wird. Die Erkenntnis liegt dann nahe, dass mit einer Verweigerungshaltung das unvermeidliche nur aufgeschoben, nicht verhindert werden kann. Und wer dennoch schweigt, nimmt dadurch in Kauf, dass die Verweigerung der Zusammenarbeit als bussgelderhöhender Umstand gewertet wird. Es ist daher verständlich, dass die Unternehmen es häufig vorziehen, auf ihr Aussageverweigerungsrecht zu verzichten.

Damit Sie mich nicht missverstehen. Ich plädiere hier nicht dafür, dass sich die Unternehmen immer bis auf das Hemd ausziehen sollen. Oft kann es jedoch angeraten sein, dass die Unternehmen über die ihnen ohnehin obliegende Mitwirkungspflicht hinaus dosiert mit der Kommission zusammenarbeiten.

III. Nachprüfungen bei Unternehmen

Eines der einschneidendsten Instrumente im Arsenal der Europäischen Kommission ist die Nachprüfung, also die Hausdurchsuchung.⁵ Die Nachprüfungsbefugnisse der Europäischen Kommission weisen gewisse Besonderheiten auf, die sich aus dem Nebeneinander oder Untereinander von der Europäischen Kommission und den nationalen Wettbewerbsbehörden ergeben. Für die Schweiz hat die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den nationalen Behörden bis vor kurzem keinerlei Bedeutung gehabt. Dies hat sich im Zuge der bilateralen Abkommen nun zumindest auf dem Gebiet des Luftverkehrs geändert. Es lohnt sich also auch aus schweizerischer Sicht, einen Blick auf das Zusammenspiel zwischen Europäischer Kommission und nationalen Behörden zu werfen.

Grundsätzlich ist die Europäische Kommission bei der Durchführung von Nachprüfungen wesentlich auf die Unterstützung der nationalen Wettbewerbsbehörden angewiesen.⁶ Der Grund dafür ist, dass die Kommission selbst nur über ein eingeschränk-

tes Repertoire an eigenen Zwangsmassnahmen verfügt. Das findet darin seinen Ausdruck, dass die Kommission eine Nachprüfung nicht selbst erzwingen kann, sondern dass sie gegebenenfalls die Amtshilfe der nationalen Behörde anfordern muss, wenn sich ein Unternehmen einer Nachprüfung widersetzt.⁷ Gegebenenfalls wird die Polizei hinzugezogen. Daran ändert sich auch die neue Verordnung nur wenig, die ich einleitend erwähnt habe. Neu ist höchstens, dass die Kommission auch die Befugnis kriegen soll (wenn die Verordnung ab Mai 2004 einmal gelten soll), während der Nachprüfungen Siegel anzubringen.

Ein Unterschied zu dem Modell, das gegenwärtig in der Schweiz angestrebt wird,⁸ besteht darin, dass die Europäische Kommission keine Unterlagen beschlagnahmen darf.⁹ Allerdings darf die Kommission von den für sie relevanten Unterlagen Kopien anfertigen. Die neue Verordnung, die letzte Woche vom Rat im Grundsatz abgesegnet worden ist, soll klarstellen, dass die Kommission auch Kopien von Datenträgern ziehen kann.

IV. Nachprüfungen bei Privaten

Eine wichtige Neuerung, die letzte Woche verabschiedet worden ist, betrifft die Durchsuchung von privaten Wohnungen, privaten Grundstücken und privaten Fahrzeugen. Bisher hat die Kommission nur Unternehmen durchsuchen dürfen. Die Europäische Kommission und mit ihr der Rat der Europäischen Union meint jedoch, das reiche nicht aus. Und damit hat sie vielleicht, obwohl es mir etwas widerstrebt, dies zu sagen, nicht einmal so unrecht. Denn es kommt tatsächlich vor, dass Mitarbeiter von Unternehmen verfängliche Dokumente in ihren Privatwohnungen lagern, wo sie bisher vor dem Zugriff der Kartellbehörden geschützt gewesen sind. Es ist deshalb unausweichlich und i. S. einer effektiven Kontrolle wohl auch notwendig, dass die Nachprüfungsbefugnisse der Europäischen Kommission auf Privatwohnungen, private Grundstücke und private Autos ausgedehnt werden.

Weil es sich dabei um einen Eingriff in eine grundrechtlich gesicherte Sphäre handelt, ist noch eine zusätzliche Sicherung eingebaut worden. Denn eine Durchsuchung soll nur möglich sein, wenn sie von einem nationalen Richter autorisiert wird.

V. Zeugeneinvernahmen

Bezüglich der Einvernahme von Zeugen wird die neue Verordnung weitreichende Änderungen bringen. Bisher hat die Europäische Kommission zwar schon Unternehmensvertreter befragen können und deren Antworten dann auch protokollieren können.¹⁰ Dies ist aber nur im Rahmen von Nachprüfungen möglich gewesen. Die Kommission hat dabei im Prinzip nur solche Fragen stellen dürfen, die sich direkt auf Unterlagen bezogen haben, die während der Nachprüfung gefunden worden sind.

Zukünftig soll die Kommission wie bisher während der Nachprüfungen Fragen zu Dokumenten stellen dürfen. Sie soll aber darüber hinaus ein selbstständiges Recht zur Zeugeneinvernahme bekommen, das auch ausserhalb der Nachprüfungen gelten soll. Allerdings kann die Kommission niemanden dazu zwingen, aus-

zusagen. Sondern die befragte Person muss vorher ihr Einverständnis geben. Eine weitere Sicherung besteht darin, dass die nationalen Behörden als Beobachter an einer Zeugeneinvernahme teilnehmen können, wenn die Zeugeneinvernahme in einem Unternehmen auf deren Territorium stattfindet.

VI. Der Rechtsanwalt als Hilfspolizist der Europäischen Kommission

Jetzt möchte ich noch einmal auf das Thema zurückkommen, das ich in meiner Einführung angeschnitten habe. Ich habe einleitend geschildert, wie die Ermittlungen der Kommission in Folge der Kronzeugenregelung¹¹ in die Anwaltskanzleien ausgelagert werden. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, dass die Rechtsanwälte in die Unternehmen gehen und dort gegen ihren Mandanten Ermittlungen durchführen. Es werden Unterlagen gesichtet und vor allem werden Mitarbeiter befragt. Einige der Kollegen interpretieren ihre Rolle dabei so, dass sie eigentliche Einvernahmeprotokolle anfertigen, die sie dann mit ihren Schriftsätzen bei der Kommission einreichen. Wir könnten uns vermutlich lange darüber streiten, wie solche – durch einen Anwalt angefertigte – Einvernahmeprotokolle rechtlich zu qualifizieren sind. Letztlich kann man sich das Ganze wohl einfach machen, indem man unterstellt, dass es sich um ein Geständnis handelt, das hier zufällig in Form eines Einvernahmeprotokolls gefasst ist.

Es scheint mir selbstverständlich, dass solche Geständnisse gegen das geständige Unternehmen verwertet werden dürfen. Die Europäische Kommission meint aber, sie könne solche Geständnisse auch dazu verwenden, andere Unternehmen zu belasten, selbst wenn der Wahrheitsgehalt der Geständnisse durch keine zusätzlichen Beweise belegt ist. Das Prinzip der freien Beweiswürdigung macht's möglich.¹² Ich frage mich, ob dies auch nach schweizerischem Recht möglich wäre.

VII. Professional Privilege

Eine wichtige Einschränkung der Ermittlungsbefugnisse der Kommission ist das Professional Privilege oder Anwaltsprivileg.¹³ Das Professional Privilege bedeutet, dass die Unternehmen die Vorlage der Korrespondenz mit ihrem Rechtsanwalt verweigern dürfen. Seine Begründung findet das Professional Privilege in der vertraulichen Beziehung zwischen Rechtsanwalt und Mandanten. Der Mandant muss seinem Rechtsanwalt alle relevanten Tatsachen vorbehaltlos und ohne Furcht vor Offenlegung gegenüber Dritten mitteilen können. Ansonsten ist die effektive Beratung und Verteidigung des Mandanten in Frage gestellt. Uns interessiert heute selbstverständlich die Frage, ob auch die Korrespondenz mit schweizerischen Rechtsanwälten vom Professional Privilege geschützt wird. Was ich Ihnen jetzt sagen werde, beginnt ernüchternd. Ich verspreche Ihnen aber ein Happy End.

Ernüchternd ist, dass ursprünglich sicher beabsichtigt gewesen ist, das Professional Privilege in EG-Kartellbussgeldverfahren auf Rechtsanwälte aus der Europäischen Gemeinschaft zu beschränken. So hat der Gerichtshof in seinem Urteil vom

18. Mai 1982 in der Rechtssache AM & S¹⁴ die Anerkennung des Professional Privilege von zwei Voraussetzungen abhängig gemacht:

- 1) Die erste Voraussetzung ist, dass der Rechtsanwalt unabhängig sein muss. Es gibt also kein Professional Privilege für Schriftstücke, die von unternehmensinternen Rechtsanwälten verfasst werden.
- 2) Die zweite Voraussetzung ist der eigentliche Knackpunkt. Denn nach Meinung des Gerichtshofs gilt das Professional Privilege nur für Rechtsanwälte, die unter die Richtlinie 77/249 zur Erleichterung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte¹⁵ fallen.

Die Überlegung ist dabei offenbar folgende. Erstens kann man bei den Rechtsanwälten, die unter diese Richtlinie fallen, davon ausgehen, dass sie alle gleichwertige Anforderungen hinsichtlich der Standespflichten, insbesondere der Vertraulichkeit erfüllen. Und zweitens droht die Dienstleistungsfreiheit der betreffenden Rechtsanwälte beeinträchtigt zu werden, wenn das Professional Privilege nicht gleichmässig für sie alle gälte. En passant könnte man sagen, dass selbstverständlich auch die passive Dienstleistungsfreiheit der Mandanten, die die Anwaltsdienstleistungen grenzüberschreitend in Anspruch nehmen wollen, beeinträchtigt sein könnte. Zusammengefasst ist mit dem Urteil AM & S der Geltungsbereich des Professional Privilege mit dem Geltungsbereich der Richtlinie 77/249 verknüpft worden.

Im Jahre 1982, als das Urteil AM & S./Kommission ergangen ist, haben sich nur die Rechtsanwälte aus der Europäischen Gemeinschaft, die Europäische Union gab es damals noch nicht, auf die Richtlinie 77/249 berufen können. Folglich hat das Professional Privilege nur für sie gegolten. Mit dem In-Kraft-Treten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum¹⁶ ist die Richtlinie dann auf die Rechtsanwälte aus den EFTA-Staaten ohne die Schweiz ausgedehnt worden. Diese haben fortan auch das Professional Privilege beanspruchen können.¹⁷

Und jetzt sehen Sie vielleicht schon, wie wir zum versprochenen Happy End kommen. Denn seit dem In-Kraft-Treten des bilateralen Freizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union¹⁸ gilt die Richtlinie 77/249 auch für die schweizerischen Rechtsanwälte. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist also davon auszugehen, dass sich das Professional Privilege in EG-Kartellbussgeldverfahren auch auf die Korrespondenz mit schweizerischen Rechtsanwälten erstreckt.

VIII. Schlussbemerkungen

Damit möchte ich meinen Überblick über die Ermittlungsbefugnisse der Europäischen Kommission in Kartellbussgeldverfahren schliessen. Ich hoffe, mein Vortrag hat Ihnen ein bisschen Lust darauf gegeben, dass Sie sich zukünftig auch in EG-Kartellverfahren einmischen. Bedenken wegen des Professional Privilege sollten Sie meiner Ansicht nach nicht haben.

1 Vgl. Botschaft vom 7. November 2001 über die Änderung des Kartellgesetzes.

- 2 Pressemitteilung der Europäischen Kommission IP/02/1739 vom 26. November 2002; die neue Verordnung wurde inzwischen veröffentlicht mit der Nr. 1/2003 im ABl. 2003 Nr. L 1/1.
- 3 Abkommen vom 8. Oktober 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Luftverkehr, SR 0.748.127.192.68, AS 2002 1705.
- 4 EuG, Rs. T-34/93, Mannesmannröhren-Werke; Slg. 1995, II-545 ff., Randnr. 65 ff.
- 5 Vgl. Art. 14 Abs. 1 der Verordnung Nr. 17, ABl. 1962 S. 204/62.
- 6 Vgl. Art. 14 Abs. 6 der Verordnung Nr. 17, oben Fn. 3.
- 7 Vgl. Art. 14 Ziff. 6 der Verordnung Nr. 17, oben Fn. 3.
- 8 Vgl. Botschaft vom 7. November 2001 über die Änderung des Kartellgesetzes.
- 9 Vgl. Art. 14 Abs. 1 Bst. b der Verordnung Nr. 17, oben Fn. 3.
- 10 Vgl. Art. 14 Abs. 1 Bst. c der Verordnung Nr. 17, oben Fn. 3.
- 11 Mitteilung der Kommission über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen in Kartellsachen, ABl. 2002 Nr. C 45/3.
- 12 Vgl. zum Grundsatz der freien Beweiswürdigung die Schlussanträge des Generalanwalts Vesterdorf in Rs. T-1/89 – Rhône-Poulenc/Kommission, Slg. 1991, II-867, II-954.
- 13 Vgl. Art. 50 Abs. 2 VStrR, SR 313.0.
- 14 EuGH, Rs. 155/79, Slg. 1982, 1575.
- 15 ABl. 1977 Nr. L 78/17.
- 16 ABl. 1994 Nr. L 1/1.
- 17 So Luiz Ortiz Blanco, EC Competition Procedure, Oxford 1996, S. 134.
- 18 Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit, SR 0.142.112.681, AS 2002 1529.

Stefan Groß und Uli Mittermaier*

Virtuelle Datenräume – das Internet als Arbeitsplattform

Mit Datenräumen im Web können der Beratungsalltag rationalisiert, Vertragsverhandlungen beschleunigt und die Sicherheit gleichzeitig erhöht werden. Kaum hat sich die E-Mail-Kommunikation in den meisten Kanzleien etabliert, gibt es neue Ideen zum elektronischen Austausch von Dokumenten, um den Anwaltsalltag noch effektiver zu gestalten. Kanzleien und Mandanten wachsen durch die Möglichkeiten der modernen Kommunikation näher zusammen, die Grenzen zwischen Unternehmen verschwimmen. Hieraus entsteht ein Bedarf an IT-Lösungen, die die nahtlose und medienbruchfreie Anbindung von Mandanten oder Kooperationspartnern ermöglichen. Ziel ist eine ortsunabhängige und transparente Bearbeitung von Dokumenten über Kanzleigrenzen hinweg. Dies verkürzt Prozesslaufzeiten und führt damit bei geringeren Kosten zu gesteigerter Effizienz sowie einer verbesserten Mandantenbeziehung.

Ein Ansatz, der dies ermöglicht, sind die so genannten virtuellen Datenräume. Der Begriff «Datenraum» stammt ursprünglich aus dem Investment-Banking. Darin werden bei einer M&A-Transaktion alle vertraulichen Dokumente verwahrt, die nur von den beteiligten Parteien eingesehen beziehungsweise bearbeitet werden können. Ein virtueller Datenraum ist eine Software-Applikation im Internet, die genau dies ermöglichen soll: sichere, unternehmensübergreifende Zusammenarbeit mit Hilfe eines Web-Browsers. Alle Beteiligten können hierbei überall und jederzeit miteinander kommunizieren, als wären sie im selben Raum. Datenräume lassen sich per Standard-Browser nutzen

und sind damit unabhängig von der EDV-Ausstattung der Beteiligten. Im Gegensatz zum E-Mail-Verkehr bieten derartige Systeme vielerlei Vorteile, die auch die anwaltliche Praxis zunehmend nutzen möchte.

Effizientere Vertragsverhandlungen

Die Zusammenarbeit verschiedener Vertragsparteien und ihrer Anwälte lässt sich durch die Nutzung eines Datenraums signifikant effizienter gestalten werden und reduziert gleichzeitig Risiken. Verliert man in Vertragsverhandlungen den Überblick über aktuelle Versionen der Dokumente oder vergisst man, die entscheidenden Personen rechtzeitig zu informieren, so entstehen unnötige Aufwendungen und Verzögerungen. Der irrtümliche Versand eines vertraulichen Dokuments via E-Mail ohne entsprechende Sicherungsmechanismen an einen Unbefugten kann einen irreparablen Schaden nach sich ziehen.

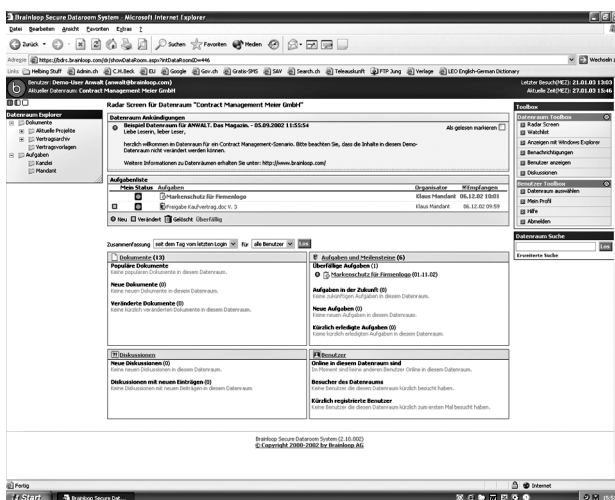
Der Alltag spiegelt diese Problematik häufig wider. Wer kennt nicht die Situation, in der unzählige E-Mails im Vertragswesen ausgetauscht werden. Der Anwalt entwirft einen Vertrag und versendet diesen in elektronischer Form an den Mandanten. Dieser bringt seine Änderungsvorschläge ein – und so ist es nicht selten, dass der Vertrag unzählige Male zwischen den Parteien hin und her geht. Im Projektverlauf sind die Gründe für durchgeführte Änderungen und die dafür verantwortlichen Personen dann häufig schwer zu rekonstruieren.

* StB Dipl.-Kfm. Stefan Groß, Peters, Schönberger & Partner GbR, München; Dipl. Kfm. Uli Mittermaier, Brainloop AG, München. Quelle: Anwalt 11/2002 (C. H. Beck).

Datenraumbeispiel im Internet

Im Online-Beispiel unter <http://bdrs.brainloop.com> ist ein Vertragsmanagement-Szenario in einem virtuellen Datenraum abgebildet. Die Zugangsdaten: Log-in mit «anwalt@brainloop.com» und Passwort «anwalt». Allen relevanten Beteiligten wird hierbei eine ganzheitliche Sicht auf die einzelnen Phasen im Lebenszyklus der Verträge ermöglicht: Von der kollaborativen Erstellung der Dokumente bis hin zur Ablage der unterschriebenen Verträge kann jeder Schritt transparent nachvollzogen werden. So können vom Anwalt eingestellte Vertragsvorlagen abgerufen werden. Über die Zugriffsberechtigungen wird sichergestellt, dass diese Dokumente vom Mandanten nicht verändert werden können.

Weiterhin ist die gemeinsame Erarbeitung von Verträgen möglich, wobei über Genehmigungs- und Freigabeverfahren die jeweiligen Bearbeitungsstände und Veränderungen dokumentiert werden. Nach erfolgreicher Anmeldung kann der gewünschte Datenraum ausgewählt werden. Auf der nun angezeigten Startseite erhält der Anwender eine persönliche Sicht auf die zugewiesenen Aufgaben (wie etwa Genehmigungen, Freigaben etc.) und die zuletzt modifizierten Dokumente. Der «Dataroom Explorer» erlaubt den Zugriff auf die im Datenraum abgelegten Dokumente. Aktionen wie das Anlegen einer neuen Version oder das Herunterladen eines Dokuments werden über die Toolbox ausgelöst.



Alternative zum E-Mail-Pingpong

Genau in diesem Szenario greift einer der wesentlichen Vorteile des virtuellen Datenraums. Denn dort wird der Vertragsentwurf eingestellt und ist innerhalb einer Art Safe nur vorher festgelegten Benutzern zugänglich. Diese können direkt mit den gewohnten Office-Tools – wie etwa Microsoft Word – Änderungen vornehmen, wobei jede Modifikation in einer Dokumentenhistorie aufgezeichnet wird und somit Transparenz schafft. Es lassen sich sogar Rechte so justieren, dass bestimmte User das Dokument

automatisch nur als PDF-Format dargestellt bekommen und daran nichts verändern können.

Beim Einsatz von Datenräumen ist vor allem der Zusatznutzen gegenüber vorhandenen Kommunikationsverfahren entscheidend. Die dargestellte web-basierte Lösung bietet allen Beteiligten zu jedem Zeitpunkt ohne lange Suchzeiten einen definierten Zugriff auf alle aktuellen und relevanten Informationen. Dies zeigen beispielsweise kürzere Verhandlungszeiten. Dokumente des Datenraums sind weltweit und jederzeit verfügbar. Unnötige Wartezeiten – wie etwa durch Faxversand oder ortsgebundenen Zugriff – werden vermieden.

Der Mehrwert des Datenraums wird evident, wenn man die über die Dokumentenverwaltung hinausgehende Funktionalität betrachtet: Es können Checklisten und Meilensteine hinterlegt und mit entsprechender Terminvorgabe den Beteiligten zugeteilt werden. Dies ermöglicht die Strukturierung des Projekts und hilft somit «best practices» zu etablieren. Die Checklisten können für die verschiedenen Projekttypen in einer Vorlage für zukünftige Datenräume abgelegt werden. Darüber hinaus bietet der Datenraum einen prägnanten Überblick über den Projektstatus sowie anstehende oder überfällige Aufgaben und benachrichtigt proaktiv alle Beteiligten per E-Mail oder SMS. Ferner verfügt der Datenraum über Verfahren zur Genehmigung und Freigabe von Dokumenten und zeichnet diese Entscheidungen nachvollziehbar auf.

Sicherheit schaffen

Die geschilderte Arbeitsweise stellt aber auch hohe Anforderungen an die Sicherheitsinfrastruktur. Die Vertraulichkeit der unternehmenskritischen Daten muss zu jedem Zeitpunkt garantiert werden – also sowohl bei der Ablage als auch bei der Übertragung zum autorisierten Anwender. Unterstützt wird dies durch ein unverfälschbares Protokoll aller Änderungen und Dokumentversionen – zusammen mit den zugrundeliegenden Änderungsanlässen und -genehmigungen – sowie dem Vermerk der beteiligten und ausführenden Personen. Der Zugriff auf den Datenraum wird zusätzlich zum Passwort über ein SMS-Token-Verfahren geschützt, bei dem sich der Anwender über sein Mobiltelefon legitimieren muss.

Denkt man die Idee «Datenraum» konsequent weiter, so ist ein so genanntes Contract-Management eine mögliche Zielvorstellung. Hierunter versteht man die Abdeckung des gesamten Vertragslebenszyklus – von den ersten Entwürfen über Review, Diskussion der Rahmenbedingungen (terms and conditions) und Absichtserklärung (letter of intent) bis hin zum Vertragsabschluss sowie der Recherche verwandter oder vergleichbarer früherer Vertragswerke.

Eine EDV-basierte Lösung muss es ermöglichen, Verträge stets an aktuellen Entwicklungen auszurichten. Tritt eine Gesetzesänderung in Kraft, so interessiert die Unternehmen und ihre Berater in erster Linie, an welchen Stellen Anpassungsbedarf besteht. Schwierigkeiten entstehen, wenn der Mandant international ausgerichtet ist und diverse Rahmen- und Einzelverträge gegeben sind.

Ein Contract-Management-System kann hier Abhilfe schaffen. Dort lassen sich Verträge nach Schlüsselwörtern auffinden, Rahmenverträge zu einzelvertraglichen Regelungen verlinken und der jeweils aktuelle Vertrag sofort bestimmen. Durch diese Systematik kann sich sowohl das Unternehmen als auch der verantwortliche Anwalt schnell einen Überblick darüber verschaffen, an welchen Stellen zwingend Änderungen vorzunehmen sind. Die Anwaltskanzlei kann innerhalb eines solchen Systems ihre Vertragsmuster pflegen und diese einheitlich für künftige Gestaltungen zur Verfügung stellen. Dies spart Zeit, bringt Sicherheit und minimiert gleichzeitig haftungsrechtliche Risiken.

Mandanten lange an sich binden

Der Begriff des Customer-Relationship-Managements ist in aller Munde. Auch die anwaltliche und steuerberatende Praxis hat erkannt, dass Mandantennähe und -service zum langfristigen Erfolg der Kanzlei beitragen. Eine gelungene Interaktion mit dem Mandanten schafft Zufriedenheit und sorgt für eine langfristige Bindung. Einen wichtigen Baustein bilden die Art der Kommunikation und die Integration des Mandanten in den Kanzleialltag. E-Mail ist in vielen Praxen nicht mehr wegzudenken – schon alleine deshalb, weil es die Mandantenseite einfordert. Doch die zunehmende Flut an elektronischer Post und die Schwierigkeiten einer rationellen und nachvollziehbaren Archivierung bringen es mit sich, über sinnvolle Alternativen nachzudenken.

Virtuelle Datenräume sind ein moderner Ansatz, um Mandantennähe zu gewinnen. Im Rahmen eines abgeschlossen Mandantenbereichs können Dokumente unabhängig von Zeit und Ort abgerufen werden und zeigen zugleich eine Aktivitätshistorie auf. Datenräume sind gerade für den anwaltlichen Bereich interessant, da sie viele Probleme des unkontrollierten E-Mail-Versands lösen und eine gemeinsame Plattform für die Zusammenarbeit mit dem Mandanten bieten. Für Unternehmen sind Datenräume als Nukleus eines Contract-Management-Systems attraktiv und ergänzen existierende ERP- und CRM-Systeme. In

beiden Fällen generieren Datenräume substanziellen Mehrwert durch Effizienzsteigerung und Risikosenkung.

Für Anwaltskanzleien bietet sich die «Miete» von Datenräumen im ASP-Modell an. Ein vertrauenswürdiger Betreiber stellt hierbei die Datenraum-Anwendung gegen ein monatliches Entgelt zur Verfügung. Grössere Unternehmen können die Datenraum-Applikation auch selbst betreiben.

Glossar

ASP – Application-Service-Providing

Bereitstellen einer Software-Anwendung über das Internet, meist im Rahmen eines Mietmodells, ohne lokale Installation der Applikation.

CRM – Customer-Relationship-Management

Ausrichten der Kundenbeziehung zum Nutzen des Kunden und des Unternehmens, meist im Zusammenhang mit CRM-Systemen, die eine gesamtheitliche Sicht auf alle den Kunden betreffenden Informationen bieten.

ERP – Enterprise-Resource-Planning

Erfassen, Planen und Steuern aller betriebswirtschaftlich relevanten Vorgänge in einem Unternehmen wird durch ERP-Systeme wie etwa SAP R/3 unterstützt.

SMS – Short Message-Service

Übertragung kurzer Textmitteilungen an Mobiltelefone.

PDF – Portable Document-Format

Dokumentformat von Adobe, das unabhängig von Anwendung und Ausgabegerät (z. B. Drucker, Web) Layoutinformationen wie Schriften und Grafiken enthält und so für eine korrekte und ggf. nicht veränderbare Darstellung sorgt.

Stéphane Gmünder*

La TVA chez les avocats et notaires – Un parcours semé d'embûches!

Les nombreux contrôles fiscaux TVA entrepris par l'Administration fédérale des contributions (AFC) ces dernières années auprès des avocats et notaires démontrent que certains principes ne sont pas toujours bien appréhendés. Cela est bien compréhensible tant il est vrai que les particularités de ces branches

sont fort nombreuses. Pourtant, de simples dispositions administratives permettraient de réduire considérablement les risques de reprises importantes observées dans ces branches. Tour d'horizon d'un parcours semé d'embûches.

* Stéphane Gmünder, TVA Conseils, Fribourg.

Recettes imposables

Pour les avocats et notaires sont imposables – ou exonérées si le destinataire de la prestation a son domicile à l'étranger – toutes les prestations dans les domaines suivants: conseil, gestion de fortune, établissement d'avis de droit, constitution, transformation ou liquidation de sociétés, activité d'exécuteur testamentaire ou autre représentation de parties dans toutes les affaires judiciaires et extra-judiciaires. Les certifications, légalisations, prises d'inventaires notariées, rédactions de contrats ou créations de cédulas hypothécaires sont aussi soumises à la TVA même si le droit cantonal dispose qu'il s'agit d'un acte officiel de puissance publique.

Il est à noter que ces prestations sont imposables même si le destinataire de la facture est une collectivité publique, une association sans but lucratif ou si les honoraires sont pris en charge par l'assistance judiciaire ou perçus au titre d'avocat commis d'office.

L'exonération de TVA est acquise si le destinataire de la prestation a son domicile ou son siège social à l'étranger. Bien entendu, la preuve de cet état de fait doit pouvoir être apportée (voir à ce sujet le chapitre consacré au secret professionnel).

La règle du domicile ne s'applique cependant pas à des prestations qui concerneraient directement un bien immobilier. Dans ce cas, c'est le lieu de situation de l'immeuble (en Suisse ou à l'étranger) qui détermine l'imposition ou non de la prestation à la TVA et non le destinataire de la facture.

Recettes non soumises à la TVA

Il est tout aussi important de savoir que de nombreuses prestations ne sont pas soumises à la TVA. Il s'agit tout d'abord des activités des organes atypiques placés sous le contrôle des autorités de surveillance. Par exemple, l'administration spéciale de faillite, les honoraires provenant de la participation à une commission de surveillance ou commission des créanciers, ceux de commissaire au sursis concordataire ou liquidateur d'un concordat. L'exclusion d'imposition à la TVA n'est acquise que si ces prestations sont fournies dans l'exercice d'une fonction de droit public sous la surveillance de l'autorité tout en ayant le pouvoir de rendre des décisions en vertu de la LP et pour autant que les frais soient facturés conformément à l'OELP.

Les fonctions arbitrales débouchant sur des émoluments reçus pour l'exercice d'une tâche de droit public sont également non soumises à la TVA tout comme les activités de tuteur et de curateur pour lesquelles une rémunération est perçue. Les activités dans le domaine de la formation (par exemple des cours donnés) et la tenue des registres publics par un notaire sont exclues du champ d'imposition TVA. Les honoraires reçus en qualité de membre d'un conseil d'administration sont également exclus de la TVA s'ils sont versés directement à l'avocat/notaire qui siège dans le conseil en question.

Sont également exclues de la TVA les contributions qu'un avocat/notaire reçoit de son client à titre de remboursement des frais supportés en son nom et pour son compte mais seulement

dans la mesure où il les facture séparément (émolument du registre du commerce, frais de justice, frais de l'Office des poursuites, etc.). Les conditions formelles de facturation doivent être respectées (voir encadré).

Facture conforme

Honoraires	CHF 10 000
Frais et débours	1 000
Sous-total	CHF 11 000
TVA 7,6 %	836
Sous-total (TVA comprise)	CHF 11 836
Frais de justice	2 000
Total	CHF 13 836

Sera donc soumis à la TVA le sous-total de CHF 11 836

Facture non conforme

Honoraires	CHF 10 000
Frais et débours	1 000
Frais de justice	2 000
TVA	836
Total TVA comprise	CHF 13 836

Dans ce cas l'AFC admettra que c'est le montant total de CHF 13 836 qui doit être soumis à la TVA.

Ventes immobilières et TVA

Les ventes immobilières ne sont pas soumises à la TVA. Cependant, si la transaction concerne un vendeur assujéti à la TVA et qui a récupéré la TVA sur son investissement et un acheteur également assujéti à la TVA, il peut s'avérer fiscalement opportun de soumettre volontairement la transaction à la TVA (option d'imposition).

Ici les calculs d'un spécialiste permettront de définir l'avantage fiscal – ou la neutralité fiscale – qui peut résulter d'une imposition volontaire à la TVA d'une vente immobilière. Relevons cependant que cette possibilité n'existe jamais pour la vente d'un terrain ou la cession d'un droit de superficie. L'option doit toujours être demandée avant la transaction.

Secret professionnel

Les avocats et les notaires sont les seuls – sous le nouveau régime de la Loi sur la TVA en vigueur depuis le 1^{er} janvier 2001 – à bénéficier d'un secret professionnel. Celui-ci s'applique pour leurs prestations, par exemple procédure de divorce, procédure pénale, constitution de cédula hypothécaires, contrat de mariage, rédaction d'un pacte successoral.

Les avocats/notaires qui devraient fournir des renseignements à l'AFC peuvent ainsi cacher les noms des clients, cacher

l'adresse ou remplacer ces données par des codes. En revanche, le nom de la localité doit rester apparent. En cas de doute, l'AFC ou l'assujetti concerné peut requérir du président de la Commission fédérale de recours en matière de contributions qu'il désigne un expert neutre comme organe de contrôle.

Le secret professionnel ne s'applique pas pour des actes comme la gestion de fortune, le placement de fonds ou l'administration de sociétés du moins lorsque ces actes ne sont pas en relation avec des prestations protégées par le secret professionnel.

Provision versée à titre d'acompte

Longtemps contestée, l'imposition – au moment de sa réception ou lors de la formulation de la demande – de la provision versée à titre d'acompte a été confirmée par le Tribunal fédéral le 8 juin 2000, entérinant ainsi la pratique de l'AFC et confirmant les nombreuses reprises effectuées lors des contrôles fiscaux.

Il est important de préciser que, si la demande de provision comprend une partie pour des frais de justice ou d'autres émoluments qui ne font pas partie des honoraires imposables, la séparation du montant en cause doit apparaître clairement sur les documents. A défaut l'AFC reprend la TVA sur le montant total de la provision reçue.

Demande de provision conforme

Provision pour honoraires dans le litige	
avec la Société X	CHF 10 000
TVA 7,6 %	760
Sous-total (TVA comprise)	CHF 10 760
Frais de justice	5 000
Total de la provision	CHF 15 760

Fonds confiés

Pour pouvoir être considérés comme fonds confiés et, par conséquent, ne pas être soumis à la TVA, il doit s'agir de versements reçus pour le compte d'un client comme, par exemple, versement en vue d'une acquisition immobilière, versement de dommages-intérêts, réception de fonds à répartir, montants reçus pour acquitter des taxes et impôts, dédommagement reçu d'une compagnie d'assurance, etc.

L'avocat/notaire doit:

- placer les fonds en question sur un compte général «fonds clients» (ou un compte ouvert au nom du client si le droit cantonal l'exige);
- comptabiliser les fonds séparément;
- séparer les fonds de ses propres avoirs.

L'AFC n'admet pas que l'avocat/notaire puisse prélever ses honoraires sur les fonds confiés. Si tel est le cas, l'AFC considère que c'est le montant total reçu qui doit être imposé. La conséquence peut être très importante.

Prenons l'exemple d'un notaire percevant un million de CHF pour une transaction immobilière future d'un montant de CHF 980 000. Le solde représentant ses honoraires. Si la séparation

n'est pas faite au moment de l'encaissement de la somme, l'AFC considère que c'est le montant d'un million de CHF qui doit être imposé! Ce point de vue de l'administration est contesté par les avocats/notaires. Une procédure est en cours.

Assujettissement individuel ou collectif d'une Etude

Les erreurs, souvent uniquement de forme, relevées lors des contrôles ont pour conséquences des reprises importantes de TVA. La suppression de la déduction de l'impôt préalable déduit en raison de la mauvaise titulature des factures fournisseurs, la reprise de TVA sur des frais facturés de façon «interne» entre des associés assujettis individuels mais partageant une Etude commune, l'imposition de montants non soumis à la TVA lorsqu'ils sont encaissés par un particulier mais imposables lorsqu'ils le sont au nom d'une Etude collective, erreurs dans la facturation (mention du nom de tous les avocats alors qu'il s'agit d'un assujettissement individuel) sont les principales difficultés rencontrées lors des investigations de l'AFC.

Assujettissement individuel

L'assujettissement individuel n'est admis par l'AFC que si les quatre conditions suivantes sont cumulativement remplies.

Les quatre conditions pour l'assujettissement individuel

Propre papier à lettre commercial (ou si c'est celui de l'étude, signature en son propre nom).

Procuration au nom de l'avocat (aucune référence à l'étude).
Pour les notaires, leur sceau remplace la procuration.

Facturation exclusivement en son propre nom (l'en-tête de l'étude est admise mais pas le nom des autres membres de l'étude).

Mention apparente de son propre n° de TVA et de son propre compte bancaire ou postal.

La présence de plusieurs avocats/notaires assujettis individuellement au sein d'une Etude pose la question de la répartition ou de la refacturation des frais entre les différents membres de l'Etude. Deux solutions existent.

1. Un avocat/notaire acquiert les prestations et engage le personnel. Il procède à la refacturation – avec TVA – aux autres membres de l'Etude. Sa propre charge subsiste dans ses livres.
2. Les avocats/notaires de l'Etude constituent pour ces frais une société simple qui supporte les charges et les refacture – avec TVA à chaque membre. L'AFC admet une société simple pour

les frais de fonctionnement et une autre société simple pour les frais de personnel.

Bien entendu, il conviendra d'examiner le statut TVA des avocats/notaires concernés. La variante 1 n'est avantageuse que dans la mesure où l'avocat/notaire qui procède à la refacturation n'a pas adhéré au système du taux de la dette fiscale nette (système forfaitaire).

Assujettissement collectif

L'administration estime que c'est la non-réalisation des conditions de l'assujettissement individuel qui est déterminante pour définir l'assujettissement collectif. Autrement dit, si une ou des conditions parmi les quatre énumérées pour l'assujettissement individuel ne sont pas satisfaites, l'Etude est immatriculée en tant que telle.

Dès lors, l'AFC admet que les associés de l'Etude constituent une société simple. Elle peut aussi fonder son appréciation sur d'autres indices comme, par exemple, l'adresse de l'Etude dans l'annuaire téléphonique, l'existence d'un secrétariat collectif et des locaux communs, l'engagement de personnel (secrétaires, stagiaires) pour tous les associés.

La conséquence d'un assujettissement collectif est l'imposition de toutes les recettes soumises perçues par tous les associés de l'Etude. La refacturation interne de frais et la répartition du bénéfice entre les associés ne jouent aucun rôle pour l'imposition à la TVA.

Autres aspects importants de la TVA pour les avocats/notaires

Il existe encore plusieurs particularités qui touchent l'avocat/notaire dans ses rapports avec la TVA.

La question du choix de l'imposition se posera au début de l'assujettissement. Il conviendra de choisir entre la méthode normale avec l'imposition des recettes à 7,6 % et la récupération de l'impôt préalable ou la méthode du taux de la dette fiscale nette avec imposition forfaitaire des recettes à 6 %. Cette dernière

méthode ne pouvant cependant s'appliquer que pour les Etudes réalisant moins d'un million de CHF de recettes. C'est précisément l'importance des recettes, la réalisation d'une partie de celles-ci à l'étranger et la simplification administrative d'une méthode par rapport à l'autre qui devront être mis en balance avant de faire un choix, presque définitif, puisqu'il n'est pas possible de changer de méthode avant un délai de cinq ans, dans un sens ou dans l'autre!

Les acquisitions de prestations de services en provenance de l'étranger sont soumises à auto-taxation. Cette règle a été voulue par le législateur par équité de traitement entre des prestataires suisses et étrangers. Si un contribuable TVA acquiert pour plus de CHF 10 000 par année de telles prestations il devra procéder à une auto-taxation. Ici également le choix de la méthode d'imposition (méthode normale ou méthode forfaitaire) aura des conséquences.

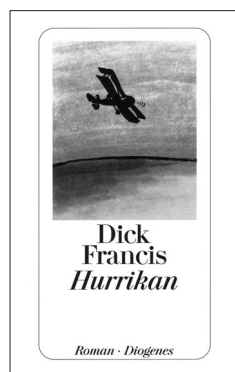
Une Etude d'avocat/notaire peut également être soumise à l'imposition des «prestations à soi-même». Ce serait le cas d'une Etude d'avocat qui effectue gratuitement des prestations pour sa propre caisse de pension ou encore qui fournit des prestations gratuitement à un associé de l'Etude. Le fait de réaliser des recettes non soumises à la TVA peut également réduire le droit à la récupération de l'impôt préalable d'une Etude établissant ses décomptes selon la méthode normale.

Conclusions

Il est judicieux de prendre toutes les mesures propres à régulariser sa situation TVA que ce soit dans une Etude individuelle ou pour Etude collective. Tout particulièrement pour cette dernière catégorie, un audit interne TVA devrait être dressé lors de l'arrivée ou du départ d'un associé afin d'éviter toutes complications ultérieures.

L'assistance d'un conseiller en matière de TVA pourrait s'avérer utile lors de la mise en place d'un système TVA dans une Etude ou lors d'un contrôle de TVA. Dans ce dernier cas, sa présence devrait être requise avant le contrôle afin d'examiner si l'ensemble des documents soumis au fisc est bien conforme.

Entracte



Prolog

Delirium bringt den Sterbenden Trost.

Ich hatte in einer geordneten Welt gelebt. Einkommen und Terminkalender waren wichtig gewesen. Meine Großmutter mit ihren Ängsten gehörte in diese Welt.

»Ist das denn nicht riskant?« hatte sie gefragt.

Riskant war gar kein Ausdruck.

»Nein«, antwortete ich ihr. »Das ist harmlos.«

»In einen Hurrikan hineinzufiegen muß doch gefährlich sein!«

»Ich komme heil wieder«, hatte ich gesagt.

Aber jetzt rollte ich mehr tot als lebendig in turmhohen, sturmgetriebenen Wellen herum, die unvorstellbare Wassermassen aus der Tiefe ansaugten und sie als flüssige Berge um die Wette rennen ließen. Manchmal rissen mich diese Kaventsmänner unerbittlich mit.

Fortsetzung Seite 96

■ Verfassungsrecht / Droit constitutionnel (I)

Art. 29 Abs. 3 BV; Unentgeltliche Rechtspflege

Der Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege wird in erster Linie durch das kantonale Prozessrecht geregelt. Unabhängig davon besteht ein solcher Anspruch unmittelbar aufgrund von Art. 29 Abs. 3 BV; unter der Geltung der früheren Bundesverfassung wurde er aus Art. 4 aBV abgeleitet. Die Auslegung und Anwendung der kantonalen Gesetzesbestimmungen über den Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege prüft das Bundesgericht nur unter dem Gesichtspunkt des Willkürverbots. Ob der durch die Bundesverfassung garantierte Anspruch verletzt wurde, untersucht es in rechtlicher Hinsicht frei; soweit es um tatsächliche Feststellungen der kantonalen Instanz geht, ist seine Prüfungsbefugnis auf Willkür beschränkt (BGE 127 I 202 E. 3 a S. 204 f.; 124 I 304 E. 2 c S. 306 f., je mit Hinweisen). [...]

Gemäss Art. 26 Abs. 2 GOG (Gesetz über die Gerichtsorganisation des Kantons Obwalden) ist das Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege mit einer amtlichen Bestätigung über Einkommen und Vermögen des Gesuchstellers sowie mit allen sachdienlichen Unterlagen dem für die Rechtssache zuständigen Gerichtspräsidium einzureichen. Auch unter dem Gesichtspunkt des bundesrechtlichen Anspruchs auf unentgeltliche Rechtspflege obliegt es dem Gesuchsteller, seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse umfassend darzustellen und soweit möglich auch zu belegen. Dabei dürfen umso höhere Anforderungen an eine umfassende und klare Darstellung der finanziellen Situation durch den Gesuchsteller gestellt werden, je komplexer diese Verhältnisse sind. Verweigert ein Gesuchsteller die zur Beurteilung seiner aktuellen Gesamtsituation erforderlichen Angaben oder Belege, so kann die Bedürftigkeit ohne Verletzung der Verfassung verneint werden (BGE 120 Ia 179 E. 3 a S. 181 f.)

(I. Öff. rechtl. Abt., 1P. 389/2002, 7. 11. 2002, X c. Obergerichtspräsident des Kantons Obwalden; nicht in der AS publiziert)

Art. 5, 8, 9, 27 und 94 BV; Erteilung des Rechtsanwaltspatentes ohne Prüfung (im Kanton Schwyz)

Dass der Anwaltsberuf nur den geeigneten Kandidaten zugänglich sein soll, liegt im öffentlichen Interesse (vgl. Urteil des Bundesgerichts 2P.222/1990 vom 22.3.1991, E. 3b) und ist inzwischen auch vom Bundesgesetzgeber als derart wichtig erachtet worden, dass er eine entsprechende bundesrechtliche Regelung erlassen hat. Es besteht kein Widerspruch zum Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit, geht es doch um den polizeilichen Schutz der Öffentlichkeit vor ungeeigneten Parteivertretern in der Rechtspflege. Der Eignungsnachweis wird grundsätzlich durch die Anwaltsprüfung erbracht. Ausnahmsweise kann die Eignung durch eine lange praktische Tätigkeit nachgewiesen werden. Wenn das Kantonsgericht verlangt, dass sich diese Tätigkeit nicht nur auf ein Rechtsgebiet – beispielsweise auf das Verwaltungsrecht – be-

schränkt, ist das mit Blick auf das massgebliche öffentliche Interesse nicht zu beanstanden.

(II. Öff. rechtl. Abt., 2P.224/2002, 9. 1. 2003, X c. 1. Rekurskammer des Kantonsgericht des Kantons Schwyz; nicht in der AS publiziert)

Art. 5, 9 und 29 BV; Bemessung der Entschädigung für den unentgeltlichen Rechtsbeistand

Erteilt eine kantonale Behörde einem Anwalt den Auftrag, für eine unbemittelte Person als amtlicher Rechtsvertreter tätig zu werden, übernimmt der Beauftragte kein privates Mandat, sondern eine staatliche Aufgabe, die vom kantonalen öffentlichen Recht geregelt wird. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung kommt den Kantonen bei der Bemessung des Honorars eines amtlichen Rechtsvertreters ein weiterer Ermessensspielraum zu. Das Bundesgericht kann demnach nur Eingreifen, wenn die kantonalen Bestimmungen, welche den Umfang der Entschädigung umschreiben, in Verletzung von Art. 9 BV willkürlich angewendet werden oder wenn die kantonalen Behörden ihr Ermessen überschreiten oder missbrauchen. Darüber hinaus kann die Festsetzung eines Honorars wegen Verletzung von Art. 9 oder Art. 29 Abs. 3 BV aufgehoben werden, wenn sie ausserhalb jedes vernünftigen Verhältnisses zu den mit Blick auf den konkreten Fall notwendigen anwaltlichen Bemühungen steht und in krasser Weise gegen das Gerechtigkeitsgefühl verstösst (BGE 122 I 1 E. 3 a S. 2; 118 Ia 133 E. 2 b S. 134; 117 Ia 22 E. 4 a S. 23; ferner BGE 125 V 408 E. 3 a S. 409). Von Verfassungen wegen sind nur Auslagen zu entschädigen, die sich bei der Ausübung des amtlichen Mandats vernünftigerweise ergeben; übermässiger, unnützer oder überflüssiger Anwaltsaufwand muss nicht entschädigt werden (BGE 109 Ia 107 E. 3 b S. 110 f.). Art. 29 Abs. 3 BV gewährleistet keinen Anspruch auf eine unverhältnismässig teure oder aufwendige amtliche Rechtsvertretung. Dementsprechend kann die Entschädigung des unentgeltlichen Rechtsbeistandes grundsätzlich tiefer angesetzt werden als bei einem privaten Rechtsanwalt. Der amtliche Rechtsvertreter muss die Notwendigkeit von prozessualen Vorkehrungen im Interesse des Vertretenen sachgerecht und kritisch abwägen (BGE 120 Ia 48 E. 2 b/bb S. 51 mit Hinweisen). [...]

In Fällen, in denen eine kantonale Behörde den vom Anwalt in Rechnung gestellten Arbeitsaufwand als übersetzt bezeichnet, greift das Bundesgericht nur mit grosser Zurückhaltung ein. Es ist Sache der kantonalen Instanzen, die Angemessenheit anwaltlicher Bemühungen zu beurteilen, wobei sie über ein beträchtliches Ermessen verfügen. Das Bundesgericht schreitet aufgrund von Art. 9 BV nur ein, wenn der Ermessensspielraum klarerweise überschritten worden ist und Bemühungen nicht honoriert werden, die zweifelsfrei zu den Obliegenheiten eines unentgeltlichen Rechtsvertreters gehören (BGE 118 Ia 133 E. 2 d S. 136).

(I. Öff. rechtl. Abt., 1P.162/2002, 25.9.2002, X c. Amt für Justizvollzug und Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich; nicht in der AS publiziert)

Entracte

Fortsetzung von Seite 95

Manchmal begruben sie mich unter sich, bis meine gepeinigte Lunge nur noch danach lechzte, etwas einatmen zu dürfen, zur Not auch Wasser, obwohl doch nur Luft den Organismus in Gang hielt.

Ich hatte karibisches Salzwasser in Mengen geschluckt.

Es war seit Stunden dunkel, nirgends ein Lichtschein. Ich wußte kaum noch, wo oben war. Wo Luft war. Meine Arme und Beine hatten mir nach und nach den Dienst versagt. Mein zunehmend auseinandergeratener Verstand ließ mich leuchtendbunte Bilder sehen, die in meinem Kopf erstrahlten.

Fortsetzung Seite 102

Rechtsetzung des Bundes (8. Januar–8. Februar 2003)* Législation fédérale (8 janvier–8 février 2003)*

I. In-Kraft-Treten

Bundesgesetze/Bundesbeschlüsse/Verordnungen

1. Staat – Volk – Behörden

Änderung vom 6. Oktober 2000 des Bundesgesetzes vom 23. März 1962 über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sowie über die Form, die Bekanntmachung und das In-Kraft-Treten ihrer Erlasse (AS 2002 3371, SR 171.11); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 6. Oktober 2000 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (AS 2002 3371, SR 172.021); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 14. Dezember 2001 des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege (AS 2002 2767, SR 173.110); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Verordnung vom 3. Juli 2002 über die Sitzverteilung bei der Gesamterneuerung des Nationalrates (AS 2002 2465, SR 161.12); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

7. Öffentliche Werke – Energie – Verkehr

Änderung vom 3. Juli 2002 der Ordnungsbussenverordnung vom 4. März 1996 (AS 2002 3210, SR 741.031); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. April 2003.

8. Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit

Änderung vom 21. Juni 2002 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (AS 2002 3475, SR 830.1); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 21. Juni 2002 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AS 2002 3475, SR 831.10); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 21. Juni 2002 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (AS 2002 3475, SR 831.20); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 21. Juni 2002 des Bundesgesetzes vom 19. März 1965 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AS 2002 3453, SR 831.30); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 21. Juni 2002 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (AS 2002 3472, SR 832.10); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

Änderung vom 20. September 2002 der Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AS 2002 3337, SR 831.101); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

9. Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit

Bundesgesetz vom 22. März 2002 über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen (AS 2002 3673, SR 946.231); Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens: 1. Januar 2003.

I. Entrée en vigueur

Lois fédérales/Arrêtés fédéraux/Ordonnances

1. Etat – Peuple – Autorités

Modification du 6 octobre 2000 de la loi fédérale du 23 mars 1962 sur la procédure de l'Assemblée fédérale, ainsi que sur la forme, la publication et l'entrée en vigueur des actes législatifs (RO 2002 3371, RS 171.11); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 6 octobre 2000 de la loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (RO 2002 3371, RS 172.021); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 14 décembre 2001 de la loi fédérale d'organisation judiciaire du 16 décembre 1943 (RO 2002 2767, RS 173.110); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Ordonnance du 3 juillet 2002 sur la répartition des sièges lors du renouvellement intégral du Conseil national (RO 2002 2465, RS 161.12); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

7. Travaux publics – Energie – Transports et communications

Modification du 3 juillet 2002 de l'ordonnance du 4 mars 1996 sur les amendes d'ordre (RO 2002 3210, RS 741.031); entrée en vigueur: 1^{er} avril 2003.

8. Santé – Travail – Sécurité sociale

Modification du 21 juin 2002 de la loi fédérale du 6 octobre 2000 sur la partie générale du droit des assurances sociales (RO 2002 3475, RS 830.1); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 21 juin 2002 de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants (RO 2002 3475, RS 831.10); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 21 juin 2002 de la loi fédérale du 19 juin 1959 sur l'assurance-invalidité (RO 2002 3475, RS 831.20); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 21 juin 2002 de la loi fédérale du 19 mars 1965 sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (RO 2002 3453, RS 831.30); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 21 juin 2002 de la loi fédérale du 18 mars 1994 sur l'assurance-maladie (RO 2002 3472, RS 832.10); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

Modification du 20 septembre 2002 du règlement du 31 octobre 1947 sur l'assurance vieillesse et survivants (RO 2002 3337, RS 831.101); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

9. Economie – Coopération technique

Loi fédérale du 22 mars 2002 sur l'application de sanctions internationales (RO 2002 3673, RS 946.231); entrée en vigueur: 1^{er} janvier 2003.

* Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit/Cet aperçu n'a pas pour vocation d'être exhaustif.

II. Referendumsvorlagen

Obligationenrecht: Änderung des Obligationenrechtes (Miete). Botschaft des Bundesrats: BBl 1999 9823, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 8234.

Berufsbildung: Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung. Botschaft des Bundesrats: BBl 2000 5686, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 8320.

Benachteiligungen: Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen. Botschaft des Bundesrats: BBl 2001 1715, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 8223.

Parlament: Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Bundesversammlung. Botschaft des Bundesrats: BBl 2001 3467, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 8160.

Raumplanung: Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung. Botschaft des Bundesrats: BBl 2002 6965, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 8352.

Kredit: Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Sperrung und die Freigabe von Krediten im Voranschlag der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Botschaft des Bundesrats: BBl 2002 7770.

Parlament: Änderung des Bundesgesetzes über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sowie über die Form, die Bekanntmachung und das Inkrafttreten ihrer Erlasse. Botschaft des Bundesrats: BBl 2001 4202, Beschluss des Parlaments: BBl 2002 8220.

III. Vernehmlassungen

Revision des Bundesgesetzes über die Lotterien und Wetten, Entwurf der Expertenkommission

Die vorgeschlagene Totalrevision des Lotteriegesetzes beinhaltet im Wesentlichen die folgenden Punkte: Schaffung einer gesetzlichen Regelung für Grossveranstalterinnen von Lotterien und Wetten; Anpassung an den technologischen und gesellschaftlichen Wandel; Prävention und Behandlung der Spielsucht; Abgrenzung zwischen dem Lotteriegesetz und dem Spielbankengesetz; Organisation der zuständigen Behörden; Neuregelung der Besteuerung. Frist: 31.03.2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Totalrevision des Opferhilfegesetzes (OHG), Vorentwurf der Expertenkommission

Der Vorentwurf der Expertenkommission enthält Vorschläge zur Revision der Pfeiler Beratung und Entschädigung/Genugtuung. Frist: 10.04.2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Änderung der Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIV)

Die Revision des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG) vom 22.3.2002 (BBl 2771) bedingt eine Anpassung der Vollzugsverordnung (AVIV). Die AVIV-Änderung betrifft rund hundert Artikel. Frist: 09.03.2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

II. Objets soumis au référendum

Code des obligations: Modification du code des obligations (Bail à loyer). Message du Conseil fédéral: FF 1999 9127, Arrêté du Parlement: FF 2002 7652.

Formation professionnelle: Loi fédérale du 13 décembre 2002 sur la formation professionnelle. Message du Conseil fédéral: FF 2000 5256, Arrêté du Parlement: FF 2002 7739.

Inégalités: Loi fédérale du 13 décembre 2002 sur l'élimination des inégalités frappant les personnes handicapées. Message du Conseil fédéral: FF 2001 1605, Arrêté du Parlement: FF 2002 7640.

Parlement: Loi du 13 décembre 2002 sur l'Assemblée fédérale. Message du Conseil fédéral: FF 2001 3298, Arrêté du Parlement: FF 2002 7577.

L'aménagement du territoire: Modification de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire. Message du Conseil fédéral: FF 2002 6482, Arrêté du Parlement: FF 2002 7772.

Crédit: Loi fédérale du 13 décembre 2002 sur le blocage et la libération des crédits dans le budget de la Confédération suisse. Message du Conseil fédéral: FF 2002 7215.

Parlement: Modification de la loi fédérale sur la procédure de l'Assemblée fédérale ainsi que sur la forme, la publication et l'entrée en vigueur des actes législatifs. Message du Conseil fédéral: FF 2001 4000, Arrêté du Parlement: FF 2002 7637.

III. Procédures de consultation en cours

Révision de la loi fédérale sur les loteries et les paris professionnels, projet de la commission d'experts

La révision totale proposée porte pour l'essentiel sur les points suivants: création d'une réglementation pour les grands exploitants de loteries et paris; adaptation aux changements technologiques et sociaux; prévention et traitement de la dépendance au jeu; délimitation entre la loi sur les loteries et les paris professionnels et la loi sur les maisons de jeu; organisation des autorités compétentes; nouveau système d'imposition. Date limite: 31.03.2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Révision totale de la loi fédérale sur l'aide aux victimes d'infractions (LAVI), avant-projet de la commission d'experts

L'avant-projet de la commission d'experts contient des propositions de révision relatives à la consultation ainsi qu'à l'indemnisation et à la réparation morale. Date limite: 10.04.2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Modification de l'ordonnance sur l'assurance-chômage obligatoire et l'indemnité en cas d'insolvabilité (OACI)

La révision de la loi sur l'assurance-chômage et l'indemnité en cas d'insolvabilité (LACI) du 22.3.2002 (FF 2002 2602) rend nécessaire l'adaptation de son ordonnance d'application (OACI). La modification de l'OACI concerne près d'une centaine d'articles. Date limite: 09.03.2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Teilrevision des Fachhochschulgesetzes (FHSZ)

Hauptziele der FHSZ-Revision sind die Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes um die Bereiche Gesundheit, Soziales, Kunst (GSK), die Umsetzung der Erklärung von Bologna, die Anpassung der Zulassungsvoraussetzungen, die Schaffung der Grundlagen für ein Akkreditierungs- und Qualitätssicherungssystem, die Stärkung der Autonomie der Träger von Fachhochschulen und der Zusammenarbeit, die vermehrt leistungsorientierte Finanzierung der Fachhochschulen sowie die Stärkung der angewandten Forschung und Entwicklung. Frist: 28.03.2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Totalrevision des Bundesgesetzes über die Gesetzes-sammlungen und das Bundesblatt (Publikationsgesetz)

Das geltende Publikationsgesetz vom 21. März 1986 (SR 170.512) ist an die geltende Bundesverfassung anzupassen. Einerseits sind die geänderten Erlassformen im Gesetz anzupassen, andererseits müssen gewisse Regelungen von der Verordnungs- auf die Gesetzesstufe heraufgestuft werden. Frist: 30.04.2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Neuregelung des Vernehmlassungsverfahrens des Bundes (Teilrevision RVOG)

Die rechtliche Regelung des Vernehmlassungsverfahrens des Bundes ist an die geltende Bundesverfassung anzupassen. Die erforderliche Neuregelung erfolgt in einem ersten Schritt im Rahmen einer Teilrevision des bestehenden Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG). In einem nächsten Schritt wird die bestehende Verordnung über das Vernehmlassungsverfahren aus dem Jahr 1991 total revidiert. Frist: 30.04.2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister

Ziel der Vorlage ist es, die Harmonisierung der Einwohnerregister in den Kantonen und Gemeinden verbindlich zu regeln und diese Register wie auch die grossen Personenregister des Bundes für die zukünftigen bevölkerungsstatistischen Erhebungen zu nutzen. Frist: 30.04.2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

Änderung der Verordnung über die Bekanntgabe von Preisen (Preisbekanntgabeverordnung, PBV)

Mit der Änderung sollen die zahnärztlichen Dienstleistungen der Preisbekanntgabepflicht unterstellt werden. Ferner wird die Preisbekanntgabe für sogenannte Mehrwertdienst-Telefonnummern (0901, 0906) verschärft. Frist: 17.04.2003.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html>)

IV. Aus den Räten

Das detaillierte Sessionsprogramm können Sie einsehen unter: <http://www.parlament.ch/poly/framesets/D/Frame-D.htm>

Révision partielle de la loi fédérale sur les hautes écoles spécialisées (LHES)

Les principaux objectifs de cette révision visent, d'une part, un élargissement du champ d'application de la loi avec l'intégration des domaines de la santé, du social et des arts, et d'autre part, la mise en œuvre de la Déclaration de Bologne, l'adaptation des conditions d'admission, la création des conditions requises pour l'accréditation et l'assurance-qualité, le renforcement de l'autonomie des organes responsables des HES et la collaboration entre la Confédération et les organes responsables, l'introduction d'un financement axé davantage sur les prestations ainsi que le renforcement de la recherche appliquée et du développement. Date limite: 28.03.2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Révision totale de la loi fédérale sur les recueils de lois et la Feuille fédérale (loi sur les publications officielles)

La loi sur les publications officielles du 21 mars 1986 (RS 170.512) doit être adaptée à la nouvelle Constitution fédérale. Il s'agit, d'une part, de procéder aux adaptations que requiert le nouveau système des actes législatifs, et, d'autre part, d'inscrire dans la loi certaines dispositions qui figurent aujourd'hui dans l'ordonnance. Date limite: 30.04.2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Nouvelles dispositions réglant la procédure de consultation (Révision partielle LOGA)

Les dispositions régissant la procédure de consultation doivent être adaptées à la Constitution. La première étape de cette réforme passera par une révision partielle de la loi fédérale sur l'organisation du gouvernement et de l'administration. Puis dans un second temps, on procédera à la révision totale de l'ordonnance sur la procédure de consultation, qui date de 1991. Date limite: 30.04.2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Loi fédérale sur l'harmonisation des registres des habitants et d'autres registres officiels de personnes

Le projet de loi mis en consultation a pour but de réglementer l'harmonisation des registres cantonaux et communaux des habitants; il doit permettre l'exploitation la plus large possible de ces registres et celle des grands registres fédéraux de personnes afin de faciliter la réalisation des futurs relevés démographiques. Date limite: 30.04.2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

Modification de l'ordonnance sur l'indication des prix (OIP)

Avec cette modification, les dentistes doivent indiquer le prix de leurs prestations de services. En outre, l'indication des prix pour les numéros de téléphone à valeur ajoutée (0901, 0906) est renforcée. Date limite: 17.04.2003.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html>)

IV. Activités des Conseils et des commissions parlementaires

Vous pouvez consulter le programme détaillé de la session à l'adresse suivante: <http://www.parlament.ch/poly/framesets/F/Frame-F.htm>

■ Le Temps, 10 janvier 2003

ÉTUDES · Lausanne et Genève proposent depuis trois ans un mastère en droit des affaires. Premier bilan positif

Avocat ou juriste d'entreprise: la formation diffère

Fabienne Bogadi. Rien ne sert de suivre un stage d'avocat pour devenir juriste en entreprise. Les compétences demandées par la pratique du barreau diffèrent sensiblement de celles exigées par le droit des affaires. Telle est la réflexion que se sont faite les membres des Ordres des avocats vaudois et genevois, réflexion qui a débouché il y a trois ans sur le lancement, conjointement par les Universités de Genève et de Lausanne, d'un postgrade en droit des affaires ou, en jargon, *Master of Business Law (MBL)*. Ce cursus, comme son nom ne l'indique pas, est dispensé majoritairement en langue française. «Nous souhaitons combler une lacune en offrant une formation spécifiquement liée aux questions économiques, mais équivalente en termes qualitatifs à celle proposée aux futurs avocats. Par exemple, un membre du barreau fait très peu de droit fiscal, branche en revanche essentielle pour le futur juriste d'entreprise», explique le professeur Ivan Cherpillod de l'Université de Lausanne, et codirecteur du MBL, tout en regrettant que ce nouveau certificat, même s'il répond à un besoin réel, soit encore trop peu connu des entreprises, qui continuent à exiger un brevet d'avocat de la part de leurs candidats. Pourtant, le programme, qui a récemment fait l'objet d'une évaluation, a été jugé très positivement par les intervenants: l'indice de satisfaction des étudiants concernés dépasse les 88%; du côté des entreprises, il est de 90%; quant aux professeurs, ils sont plus de 80% à estimer que la structure du MBL leur permet d'atteindre les objectifs qu'ils fixent à leur enseignement.

D'une durée totale de deux ans à temps complet, le cursus comprend des cours, des séminaires interdisciplinaires, un stage d'une année en entreprise et la rédaction d'un mémoire. Y sont abordées des matières telles que le droit fiscal ou de l'entreprise, la propriété intellectuelle, la résolution de litiges en matières commerciales ou la libre circulation en Europe. Les séminaires sont animés par des intervenants extérieurs, des professionnels, et portent, entre autres, sur la rédaction de contrat, le 2^e pilier, le bail commercial ou l'analyse financière. «Les entreprises attendent de leurs futurs collaborateurs un certain niveau de connaissances ainsi qu'une capacité à devenir très rapidement autonomes dans le traitement des dossiers, poursuit le professeur Cherpillod. Ainsi notre programme offre-t-il des connaissances théoriques, mais également la possibilité de se frotter aux réalités du terrain.»

Pour des renseignements complémentaires: <http://www.unige.ch/droit/mbi>.

■ Neue Urner Zeitung, 17. Januar 2003

Kanton Schwyz

Reglement soll aufgehoben werden

haz. Bislang wurde die Erteilung oder der Entzug des Rechtsanwaltpatentes im Kanton Schwyz durch ein kantonsrätliches Reglement aus dem Jahre 1952 geregelt. Dieses soll nun aufgehoben werden, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat. Seit letztem Jahr ist eine neue Anwaltsverordnung in Kraft. Darin werden Kompetenzen an das Kantonsgericht delegiert. So legt es in einem Reglement fest, welche Anforderungen an Anwaltspraktika erhoben werden und wie zu verfahren ist, um das Anwaltspatent im Kanton Schwyz zu erlangen.

Nun soll das Reglement in Kraft gesetzt werden. Das aus dem Jahre 1952 stammende Reglement wird nicht mehr benötigt. Es wurde in

Kraft gelassen, damit bis zum Erlass des neuen Reglements gültige Vorschriften vorhanden waren.

■ Le Temps, 17 janvier 2003

VAUD · Un projet de loi prévoit de supprimer l'obligation de passer par un notaire du district pour les opérations immobilières

Le Conseil d'Etat vaudois veut moderniser la profession de notaire

Denis Masmejan. La profession doit être modernisée. Pas révolutionnée: ses principales caractéristiques, en particulier celle qui fait du notaire un indépendant auquel l'Etat délègue certaines tâches, seront maintenues. Le Conseil d'Etat vaudois a mis en consultation publique, jeudi, un projet de nouvelle loi sur le notariat. Cette procédure, qui dure jusqu'au 10 février, se justifie au vu de l'ampleur des modifications proposées, a estimé l'exécutif. Il s'agit, dans l'optique du gouvernement vaudois, d'adapter une loi datant de 1956 «aux exigences nouvelles et à l'évolution de la fonction de notaire au cours des dernières décennies».

Les dispositions mises en consultation prévoient en particulier d'abolir l'obligation de s'adresser, pour les transactions immobilières, à un notaire établi dans le district où le bien est situé. Le monopole, ou l'oligopole, assuré de la sorte à certains notaires devrait donc disparaître, comme l'avait réclamé une motion déposée au Grand Conseil il y a deux ans. Mais le prix restera le même, le tarif continuant d'être fixé par l'Etat.

La profession divisée

Associés aux travaux préparatoires, les notaires ont consulté leurs membres sur ce point. Une majorité d'entre eux s'est déclarée favorable à la suppression du «cantonnement», mais la profession reste divisée. Pour le Conseil d'Etat, la liberté de choix dont le client doit disposer l'emporte sur le besoin de maintenir absolument la présence d'un notaire dans certaines régions périphériques, comme l'avancé une forte minorité des professionnels consultés. La suppression envisagée, observe le Conseil d'Etat, n'a pas eu, dans les quelques cantons qui l'ont expérimentée ces dernières années, de conséquences néfastes hors des centres urbains.

Le projet veut également renforcer la discipline de la profession et la fonction préventive des sanctions. Non que les cas d'infraction aux devoirs professionnels soient plus fréquents ni plus graves, mais les montants des pénalités financières actuellement prévues sont devenus nettement insuffisants avec le temps, note Jean-Luc Schwaar, premier conseiller juridique au Service de justice, de l'intérieur et des cultes de l'Etat de Vaud. Le plafond de l'amende passerait de 10 000 à 100 000 francs.

Enfin, la possibilité d'accéder à la profession sans être titulaire d'une licence en droit devrait être supprimée. L'interdiction de faire de la publicité pourrait également être assouplie, mais seulement pour les activités qui échappent au monopole des notaires.

■ Neue Zürcher Zeitung, 23. Januar 2003

«Ein Tête-à-Tête mit dem Richter?»

Werbekampagne des Zürcher Anwaltsverbandes

tom. «Ein Tête-à-Tête mit dem Richter?», «Fristlose Urlaubstipps vom Chef?», «Aufmunternde Zeilen vom Betreibungsamt?» Diese und ähnliche Sprüche prangen ab Montag an 120 Plakatstellen in den Städten Zürich und Winterthur. Dahinter steckt eine Imagekampagne des Zür-

cher Anwaltsverbands. Wer nämlich auch das Kleingedruckte liest, der erfährt: «Kommen Sie lieber, bevor Sie müssen. Ihre Anwältin, Ihr Anwalt.» Mit der Kampagne beschreitet der Zürcher Anwaltsverband neue Wege des Marketings. Gemäss Verbandspräsident Mirko Roß ist es die erste Plakatkampagne in der Schweiz zur Bewerbung anwaltschaftlicher Dienstleistungen.

Klarheit durch frühzeitige Beratung

Gespannt sei man auf die Reaktion der Verbandsmitglieder, die bisher Form und Inhalt der Kampagne nicht kennen, sagte Roß am Mittwoch an einer Pressekonferenz. Man sei sich durchaus im Klaren, dass die Wahl bewusst irritierender Texte kritische Stimmen von standesbewussten Mitgliedern auslösen könnte. Die Kampagne werbe für das Anliegen der Anwälte, dass Klienten möglichst frühzeitig einen Juristen beiziehen sollten, bevor sie wegen Schwierigkeiten «sowieso kommen» müssten. Ein rechtzeitiges Gespräch schaffe Klarheit und könne verhindern, dass aus kleinen Problemen grosse Sorgen werden. Anwälte sind im Bewusstsein der Öffentlichkeit vor allem als Protagonisten vor Gericht präsent. Eine im Jahr 2000 durchgeführte Studie des Zürcher Anwaltsverbandes bestätigte aber, dass die Zürcher Anwälte ihr Auskommen zu rund zwei Dritteln im nicht prozessualen Bereich haben. Beratungen in allen Rechtsfragen sind bedeutsamer als Prozessführung. So hat sich der Anwaltsverband laut Roß entschlossen, mit der Kampagne ein Gegengewicht für die Rechtsberatung zu setzen, eben mit Fragen wie «Brieffreundschaft mit der Steuerbehörde?» oder «Mitgründer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung?».

Tabuthema Werbung für Anwälte

Während Werbung für Anwälte lange Zeit auf Grund der Standesregeln ein Tabuthema war, haben sich die Bestimmungen in jüngster Zeit gelockert. So erzählte Roß, wie im vorletzten Jahrhundert ein Anwalt gebüsst wurde, nur weil er in einem Brief mitteilte, dass er nun ans Telefonnetz angeschlossen sei. In den Richtlinien des Schweizerischen Anwaltsverbandes von 1974 hiess es: «Der Anwalt unterlässt jegliche Reklame und jeglichen Kundenfang.» Erlaubt waren Hinweise auf Kanzlei-Eröffnungen. Noch 1999 kam es zu einem Verfahren vor der Aufsichtscommission, weil ein Anwalt Inserate in Tageszeitungen placierte hatte. Roß nannte fünf Gründe, die nun zur Lockerung des Werbeverbots geführt haben: die Liberalisierung im Ausland, der Wandel des Berufsbilds, das Kartellgesetz von 1995, das neue Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (das seit 1. Juni 2002 in Kraft ist) und die Tatsache, dass die Konkurrenz wie Treuhandbüros und Rechtsabteilungen von Firmen, die ebenfalls Rechtsberatungen anbieten, auch keine Werbebeschränkungen kenne.

Mit der Bestimmung im Bundesgesetz über die Freizügigkeit sei man allerdings nicht ganz glücklich. Unter Art. 12 über die Berufsregeln von Anwälten heisst es dort: «Sie können Werbung machen, solange diese objektiv bleibt und solange sie dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit entspricht.» Er zweifle daran, ob der Gesetzgeber mit dem Ausdruck «objektiv» wirklich das richtige Wort gefunden habe, sagte Roß. Die Gretchenfrage, ob Werbung mit der Würde des Anwalts vereinbar sei, müsse mit Ja beantwortet werden. Die Frage sei nicht «ob», sondern «wie». Die Kampagne wurde von der Agentur Publicis ausgearbeitet. Die Plakate sind ab 27. Januar zwei Wochen lang zu sehen.

■ Neue Luzerner Zeitung, 5. Februar 2003

Neues Gesetz

Anwaltsregister schafft Transparenz

Beat Schumacher*. Das Anwaltsgesetz des Bundes unterscheidet neu zwischen Anwälten, die im Anwaltsregister eingetragen sind, und sol-

chen, die nicht registriert sind. Eingetragen wird nur, wer den Anwaltsberuf in voller Unabhängigkeit ausübt und Gewähr bietet für die Wahrung des Berufsgeheimnisses. Anwältinnen und Anwälte, die im Anwaltsregister eingetragen sind, unterstehen den strengen Berufsregeln des neuen Anwaltsgesetzes.

Mit den bilateralen Verträgen ist am 1. Juni 2002 das Anwaltsgesetz des Bundes in Kraft getreten. Es bringt die seit langem fällige volle Freizügigkeit der Anwälte in der ganzen Schweiz und schafft einheitliche Regeln für die Berufsausübung. Das Gesetz gilt nicht für alle Anwältinnen und Anwälte, sondern nur für solche, die Parteien vor Gerichtsbehörden vertreten wollen, also im Bereich des Anwaltsmonopols tätig sind. Neu ist, dass sich diese im Kanton, in welchem sie ihre Geschäftsadresse haben, in das Anwaltsregister eintragen lassen müssen. Voraussetzungen sind dafür vorerst die fachlichen Qualifikationen (Hochschulabschluss und bestandene Anwaltsprüfung). Alsdann darf keine strafrechtliche Verurteilung im Zusammenhang mit der Anwalts-tätigkeit vorliegen, und es dürfen keine Verlustscheine existieren. Nachzuweisen ist auch das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung.

Unabhängigkeit ist zentral

Ins Register eingetragen wird nur, wer garantieren kann, dass er den Anwaltsberuf in völliger Unabhängigkeit und im alleinigen Interesse des Klienten ausübt. So erfüllen Anwälte, die bei einer Bank oder Treuhandgesellschaft angestellt sind, diese Voraussetzung nicht. Ihnen ist es verwehrt, im Rahmen des Anwaltsmonopols Parteien vor Gerichtsbehörden zu vertreten. Sie können nur beratend tätig sein.

Zudem unterstehen die eingetragenen Anwälte zeitlich unbegrenzt und gegenüber jedermann dem Berufsgeheimnis über alles, was ihnen infolge ihres Berufes von der Klientschaft anvertraut worden ist. Sie können von keiner Behörde gezwungen werden, solche Tatsachen preiszugeben oder bei ihnen befindliche Akten offen zu legen. Über die Einhaltung der Berufsregeln wacht eine Aufsichtscommission des Obergerichts.

Wie findet der Bürger heraus, ob der von ihm beauftragte Anwalt im Register eingetragen ist? Vorerst weisen die registrierten Anwältinnen und Anwälte auf ihrem Briefpapier mit der Bezeichnung «Eingetragen im Anwaltsregister» darauf hin. Dann wird das Register neben der Publikation im Kantonsblatt vom 28. Dezember 2002 auf der Homepage der Luzerner Gerichte regelmässig nachgeführt (www.lu.ch/gerichte).

Die im Kanton tätigen selbstständigen Rechtsanwälte sind im Luzerner Anwaltsverband zusammengeschlossen. Die Aufnahmebedingungen sind vergleichbar mit den Voraussetzungen für die Aufnahme ins Anwaltsregister. Praktisch sämtliche Mitglieder des Verbandes sind bereits heute im Anwaltsregister eingetragen.

* Dr. iur. Beat Schumacher ist Präsident des Luzerner Anwaltsverbandes.

■ Neue Zuger Zeitung, 5. Februar 2003

Advokatenverein

Rechtsauskunft gratis holen

Rund zehn Ratsuchende profitieren pro Mal von der unentgeltlichen Rechtsauskunft, welche die Zuger Anwälte anbieten. Das Spektrum der Themen ist riesig.

Jürg J. Aregger. Fragen zum Erben, zum Aufsetzen eines Testaments, zum Familienrecht (Scheidung), zu Werkverträgen, zu Beitragslücken bei der AHV (wer ist zuständig?), zum Anspruch auf eine Invalidenrente (Höhe, wie lange warten?), zu Nachbarstreitigkeiten (Lärm, grillieren), usw. – das Spektrum der Fragen der Ratsuchenden bei der unentgeltlichen Rechtsauskunft ist gross. Der Zuger Advokatenverein bietet diese Dienstleistung jetzt im fünften Jahr an. Beansprucht wird sie vor

allem von älteren und mittelaltigen Personen, Ehepaaren, Werktätigen, zum Teil Ausländern, aber eigentlich weniger von Jungen. Pro Abend können während der drei zur Verfügung stehenden Stunden gegen zehn Personen beraten werden.

Je rund 20 Minuten

Administrativ untersteht dieses Angebot des Advokatenvereins dessen Aktuar Andreas Derungs, der wie Präsident Roland Bruhin schon mehrmals im Einsatz stand. Beide stellen fest, dass die 20 Minuten, die jedem Ratsuchenden zur Verfügung stehen, zur Problemerkennung und zu grundlegenden Antworten ausreichen oder um den Rechtssuchenden eine zuständige Stelle zu empfehlen. Manchmal ist aber auch die weitere Beratung eines Anwalts vonnöten, wobei der auskunftgebende Jurist auf die Liste der Mitglieder des Vereins verweist. Selber dürfen gemäss Reglement keine Klienten direkt «akquiriert» werden.

Derungs und Bruhin bezeichnen diese Aufgabe als sehr befriedigend. Viele Ratsuchenden zeigten sich ebenfalls von den aufgezeigten Wegen zufrieden. Selbst jene, die mit dicken Aktenordnern vorbeikommen, schätzten, dass sie mit jemandem sprechen konnten und fühlten sich verstanden und akzeptiert. «Es ist eine rechte Herausforderung und spannend, weil man nie weiss, welche Themen angesprochen werden», sagt Andreas Derungs. Allerdings sei zu beachten, dass man jeweils nur eine Seite höre und müsse sich dabei vorstellen, was die Gegenseite dazu meinte.

Keine Entschädigung

Er stellt auch fest, dass manchmal zwei Anwälte miteinander die Beratungen führen, was die Arbeit erleichtere. So könne einer etwa Unterlagen suchen und der andere das Gespräch fortführen. Während der Advokatenverein die Administrationskosten trägt und die Stadt Zug verdankenswerter Weise die Lokalitäten zur Verfügung stellt, arbeiten die auskunftgebenden Rechtsanwälte ehrenamtlich (!). Sie sind gemäss Statuten zur Teilnahme verpflichtet. Angefragt werden Mitglieder, die noch nicht 40-jährig sind – und bisher gab es genug, die sich freiwillig meldeten.

Bald gibt es Fachanwälte

Dem Anfang des 20. Jahrhunderts gegründeten Advokatenverein gehören zurzeit 121 Mitglieder an – «Tendenz stark steigend», sagt Präsident Roland Bruhin, seit 1999 im Amt. Im Gespräch verweist er auch auf das neue Anwaltsregister des Kantons Zug, das seit dem 1. Juni 2002 gilt. Im Kanton Zug müssen sich alle Rechtsanwältinnen und -anwälte eintragen lassen, die im Kanton ihre (Haupt-)Geschäftsadresse haben und Parteien in Zivil- oder Strafprozessen vertreten oder als Urkundspersonen tätig sein wollen – diese Eintragung gilt dann gesamtschweizerisch. Die Einführung der Fachanwälte etwa in

einem Jahr – für Familien-, Erb-, Arbeits-, Bau-, Haftpflicht- und Versicherungsrecht – neben den heute bekannten Strafrechtlern und Anwälten für Steuer- und Markenrecht bringe eine zusätzliche Qualitätskontrolle. Der Fachanwalt muss sich zusätzlich ausbilden, prüfen lassen und weiterbilden. So können künftig Ratsuchende bei der unentgeltlichen Rechtsauskunft gezielt an solche Fachanwälte verwiesen werden. Bereits heute können im Internet (www.advokaten-zug.ch) bei den Mitgliedern die bevorzugte Tätigkeitsgebiete herausgesucht werden.

Bevorzugte Anwälte?

In Zivilverfahren sind die Zuger Anwälte verpflichtet, bei nicht zahlungskräftigen Klienten um die unentgeltliche Rechtspflege nachzusuchen, wobei dann der Staat die Tätigkeit vergütet (180 Franken pro Stunde). Die Wogen über diesen Ansatz hätten sich wieder geglättet, sagt Bruhin. Einige Anwälte hatten geltend gemacht, damit würden nicht einmal ihre Selbstkosten gedeckt. Für amtliche Verteidigungen in Straffällen steht dem Untersuchungsrichteramt eine Liste der Anwälte zur Verfügung, die sich dafür interessieren.

Diskutiert wurde und wird im Advokatenverein, welche Kriterien die Behörden auf gemeindlicher und kantonaler Ebene bei der Auftragserteilung an Anwälte anwenden. Eine Umfrage ergab, dass die Beauftragten nach Fachgebieten oder aus der Liste des Advokatenvereins ausgesucht werden. Ob das in allen Fällen spielt, ist eine offene Frage. Und Futterneid gibt es auch in diesem Beruf – die immer zahlreicheren Anwälte hoffen natürlich ebenfalls auf lukrative Mandate.

■ Neue Zuger Zeitung, 5. Februar 2003

Eine innovative Werbung

JJA. Frühzeitige juristische Beratung schaffe Klarheit, zeige auf, was nötig und möglich sei und habe ein hohes Präventionspotenzial. Davon ist der Zürcher Anwaltsverband überzeugt: «Unser besonderes Anliegen ist es, möglichst frühzeitig durch professionelle Beratung für den Klienten optimale Lösungen zu finden.» In der Hoffnung, Kosten zu sparen, wird auch im Kanton Zug der Weg zu einem Rechtsanwalt oftmals zu spät unternommen, sagt Roland Bruhin, Präsident des Zuger Advokatenvereins. Aktuar Andreas Derungs vergleicht dies mit einem aufgeschobenen Zahnarztbesuch: Auch dort würden die Kosten nicht geringer.

Unter dem Motto «Kommen Sie lieber, bevor Sie müssen» startete der Zürcher Anwaltsverband letzte Woche eine «freche» Plakataktion. Darauf liest man Sujets wie «Sucht der Staatsanwalt ein stilles Plätzchen für Sie», «Lässt Ihre Frau Sie durch den Richter grüssen?», «Fristlose Urlaubstipps vom Chef?», und «Brieffreundschaft mit der Steuerbehörde?».

Entracte

Fortsetzung von Seite 96

Deutlich sah ich meine erdverhaftete Großmutter vor mir. Ihren Rollstuhl. Ihre Silberschuhe. Sah ihre angsterfüllten runden Augen, sah, wie ihr Böses schwante.

»Tu's nicht, Perry. Das ist mir unheimlich.« Wer hört schon auf seine Großmutter? Als sie in meinem Kopf redete, bewegte sich ihr Mund nicht synchron zu den Worten.

Ich ertrinke, dachte ich. Die Wellen werden größer. Der Sturm wird schlimmer. Bald schlafe ich ein.

Am Ende bringt das Delirium Trost.

Aus: Dick Francis, Hurrikan
Aus dem Englischen von Malte Krutzsch
© Diogenes Verlag AG, Zürich, 2001
ISBN 3-257-23338-8

Stéphane Riand*

Entre éthique, déontologie et droit procédural

Résumé des faits

Le cas est à première vue simple. Villard SA¹, de siège social en Valais, dont les organes de gestion et seuls actionnaires sont deux personnes physiques de nationalité suisse, engageant la société anonyme par leur signature collective à deux, forme une dénonciation pénale à l'encontre d'un criminel international en fuite pour escroquerie. Tant la société que les deux administrateurs à titre personnel ont prêté des sommes importantes à cet homme poursuivi également sur le plan pénal par des sociétés de leasing. L'auteur présumé des infractions s'est volatilisé dans la nature avec le butin, soit avec des fonds que lui avaient remis les représentants de la société agissant tant pour le compte de Villard SA que pour leur propre compte. La plainte est formée par le même avocat agissant tant au nom de la corporation qu'au nom des deux personnes physiques qui se constituent parties civiles. Le magistrat d'instruction pénale chargé de l'enquête, se fondant sur des contrats de leasing auxquels semblent être liées toutes les parties, prononcent une inculpation à l'encontre des deux administrateurs pour complicité d'escroquerie envers des tiers, et à l'encontre de l'auteur principal pour le même chef d'accusation. Le juge d'instruction impartit dans le même temps à l'avocat un délai afin que le mandataire choisisse: soit il assume la défense des intérêts de Villard SA, soit il défend les personnes physiques, M. Vagnot et M. Condrieu. Ceux-ci, non au fait des usages légaux en la matière, ne comprennent pas la nécessité de confier la défense de leurs intérêts à plusieurs membres distincts du barreau local. Que penser d'un tel cas?

Le dit du droit procédural

La première observation à émettre est que la position de l'avocat, dès l'instant où il accueille dans son bureau la société anonyme, représentée par ses deux administrateurs, et les deux personnes physiques, à la fois actionnaires et organes, est inconfortable sur le plan du droit strict de procédure. Il sait en effet que les intérêts des personnes physiques peuvent être divergents de ceux de la personne morale. Pourtant, être à l'écoute de la corporation, c'est nécessairement entendre dans le cas d'espèce la parole de ses organes. Il est en effet impossible de dissocier réellement la parole de MM. Vagnot et Condrieu de celles des organes de Villard SA, puisqu'il s'agit des mêmes êtres parlants. Dans le même temps, l'homme de loi a connaissance de la jurisprudence fédérale et cantonale. L'interdiction faite à l'avocat de plaider contre un ancien client lorsque les deux causes sont liées par un lien de connexité étroit, et de ne pas représenter dans un procès pénal plusieurs parties dont les intérêts peuvent s'opposer, relève de l'obligation de délicatesse². On peut aussi voir

dans cette règle générale et incontestée l'expression du devoir de fidélité de l'avocat envers son client³. L'interdiction de plaider contre son ancien client découle en outre du secret professionnel de l'avocat, qui perdure après la fin du mandat⁴.

Lorsque le même avocat défend deux coaccusés dans le procès pénal, le risque d'un conflit d'intérêts surgit inmanquablement: pour obtenir l'acquittement ou le prononcé d'une peine aussi légère que possible, chaque accusé peut être tenté de reporter la culpabilité sur l'autre; en pareil cas, il sera impossible à l'avocat, confronté à des intérêts contradictoires, d'assister efficacement l'un comme l'autre de ses clients; une telle situation justifie, dit la jurisprudence, l'interdiction du double mandat^{5, 6}.

La logique qui découle de la jurisprudence précitée veut que l'avocat, initialement à l'écoute de la parole de M. Vagnot et de M. Condrieu, soit dans l'impossibilité d'assumer une quelconque défense de l'une des parties dans la procédure ouverte. Dès l'instant où il a estimé que seule une plainte conjointe était dans l'intérêt de ceux qui lui avaient confié la défense de leurs intérêts, il n'aurait plus la faculté d'assumer la défense de l'un de ses clients au seul motif qu'il pourrait être amené à ne pas pouvoir éviter d'émettre des reproches à l'encontre de l'une des deux autres parties en cause.

Cette logique est pourtant une pure fiction qui fait fi de l'impossibilité *ab ovo* pour n'importe quel homme de loi d'entendre les propos d'une personne morale sans passer par la voix des personnes physiques constituées en qualité d'organes. Si l'on suit cette thèse, il conviendrait alors en toute cohérence de soutenir la nécessité d'une distinction entre un avocat chargé de missions procédurales auprès des tribunaux et un avocat ne plaçant pas et n'assumant que des activités de conseil à l'extérieur de l'institution judiciaire. Scinder la profession d'avocat autoriserait alors par une nouvelle fiction à considérer que plus rien ne s'opposerait à ce qu'une personne morale et ses actionnaires ou/et administrateurs puissent se rendre auprès de la même étude pour connaître l'étendue de leurs droits et l'éventail des possibilités juridiques entourant leur situation particulière. D'autres avocats limiteraient leurs tâches à des activités d'interventions auprès des tribunaux et ne pourraient alors représenter que des clients singuliers. Cette même théorie engendrerait un supplément de coûts, puisqu'une obligation serait imposée aux justiciables poursuivis de confier la défense de leurs intérêts à trois hommes de loi distincts. Cette aberration conduirait inmanquablement dans maints litiges à une accumulation des coûts et honoraires et à l'impossibilité pratique de mener une défense conjointe cohérente sans un surcoût incluant des séances de travail en commun.

* Stéphane Riand est avocat et lic. sc. Commerciales.

La déontologie en mots

L'article 12 de la Loi fédérale sur la libre circulation des avocats dit que l'avocat doit exercer sa profession avec soin et diligence et doit éviter tout conflit entre les intérêts de son client et ceux des personnes avec lesquelles il est en relation sur le plan professionnel ou privé⁷.

L'avocat ne peut s'occuper de la défense de parties dont les intérêts pourraient être opposés et de causes dans lesquelles son témoignage est requis ou son intérêt personnel peut être en jeu⁸. L'avocat doit refuser le dossier lorsque son acceptation susciterait un conflit d'intérêts entre plusieurs de ses clients⁹.

Avant même l'entrée en vigueur de ce texte de loi fédérale, les tribunaux, notamment en matière de surveillance disciplinaire des avocats, avaient eu l'occasion de préciser la nature de cette obligation de délicatesse¹⁰. Cette interdiction de mettre en oeuvre des intérêts opposés était strictement interprétée en doctrine¹¹. L'avocat doit faire preuve de délicatesse dans tous les actes de sa vie professionnelle. Ainsi, il ne peut pas plaider contre son ancien client lorsque la cause qu'il accepterait présenterait un caractère de connexité avec les affaires dont il avait été primitivement chargé. Acceptant de plaider une cause qui n'est pas entièrement distincte de celle à propos de laquelle il avait été précédemment consulté, l'avocat porte atteinte à la délicatesse qu'il doit observer et commet un manquement professionnel susceptible de sanction. Le client bénéficie ainsi d'un lien particulier avec son avocat¹². L'avocat ne saurait soutenir concurremment des intérêts contradictoires et utiliser ses confidences contre le client¹³. Le risque d'un conflit d'intérêts suffit pour prohiber le double mandat. Les intérêts opposés des parties, entendus dans le sens le plus large, ne se manifestent pas nécessairement dans le même procès; ils existent dès lors qu'il y a un lien entre les affaires, si ténu soit-il, révélateur d'une opposition d'intérêts¹⁴. L'avocat se gardera ainsi d'accepter une cause dirigée contre une partie qu'il a représentée peu avant, afin d'éviter d'être taxé d'ingratitude et afin de prévenir la révélation, même involontaire, d'un secret précédemment confié¹⁵.

L'éthique en acte

Ethique concerne, en grec, la recherche d'une bonne «manière d'être», ou la sagesse de l'action¹⁶. A ce titre, l'éthique est une partie de la philosophie. Hegel réserve le principe éthique à l'action immédiate. Il dira par exemple que l'ordre éthique consiste essentiellement dans la décision immédiate¹⁷.

Au regard de cette définition, il me semble, indépendamment de ce que peuvent dire les règles procédurales ou/et déontolo-

giques, qu'un avocat consulté par Villard SA, par M. Vagnot et par M. Condrieu, tous trois mus par une orientation commune, est à même d'agir en pensant que les intérêts de la société anonyme, des administrateurs, des actionnaires et des organes sont parfaitement identiques dans le cas concret et que rien ne s'oppose d'un point de vue pragmatique à une liaison complète des cas. Soutenir le contraire, c'est admettre que la fiction juridique doit l'emporter sur la réalité d'un moment procédural clair. Ici, l'intérêt de l'avocat rejoint l'intérêt de ses clients. Une telle décision paraît être, de plus, conforme à l'obligation imposée à un avocat d'exercer son activité en toute indépendance, en son nom personnel et sous sa propre responsabilité¹⁸.

1 Les noms sont naturellement fictifs, donc réels.

2 Stéphane Spahr, Les règles de la profession d'avocat en droit valaisan, RVJ 1988, p. 403 ss, 420 et 425, ainsi que l'arrêt du Tribunal cantonal valaisan du 10 février 1997, in: RVJ 1997, p. 246 consid. 6a et l'arrêt du Tribunal fédéral publié in: RVJ 1998, p. 172.

3 Walter Fellmann/Oliver Sidler, Standesregeln des Luzerner Anwaltsverbandes, Berne 1996, n. 2 ad art. 23; Martin Sterchi, Kommentar zum Bernischen Fürsprecher-Gesetz, n. 7a ad art. 10, n. 1 ad art. 13; Felix Wolfers, Der Rechtsanwalt in der Schweiz, thèse Berne, 1986, p. 141/142; Guido Rieder, Der Fürsprecher und sein Auftraggeber und das Problem der armen Partei, in: Standesrechtlicher Lehrgang, Association des avocats bernois, Berne 1986, p. 116/117.

4 Arrêt non publié B. du 12 mars 1997 consid. 6a; Fellmann/Sidler, op. cit., n. 2 ad art. 25; Karl-Franz Späh, Aus der neueren Rechtsprechung der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte, RSJ 1995, p. 397 ss, relatant la jurisprudence de l'autorité de surveillance du canton de Zurich, évoque, à titre d'exemple de violation de la déontologie professionnelle à cet égard, le cas de l'avocat qui avait conseillé téléphoniquement une partie, contre rémunération, avant de défendre la partie adverse dans le procès, p. 401.

5 Wolfers, op. cit., p. 142; Rieder, op. cit., p. 116; Fellmann/Sidler, op. cit., n. 5 d ad art. 23.

6 Cf. aussi art. 12 des Lignes directrices de la FSA relatives aux règles professionnelles et déontologiques, dont la teneur précise est la suivante: «Article 12: Pluralité de clients. L'avocat ne représente, ni conseille, ni défend, dans la même affaire, plus d'un client s'il existe un conflit d'intérêts entre ces clients. Il met fin aux mandats de tous les clients concernés, s'il surgit un conflit d'intérêts, un risque de violation du secret professionnel ou si son indépendance est menacée».

7 RS 935.61, Loi fédérale sur la libre circulation des avocats du 23 juin 2000 entrée en vigueur le 1^{er} juin 2002.

8 A titre exemplatif, voir art. 19 alinéa 2 LPav.

9 Art. 10 des Us et Coutumes du barreau valaisan, disposition largement similaire dans son contenu avec celle d'autres codes de déontologie.

10 Par exemple: RVJ 1998, p. 214.

11 Rieder, Der Fürsprecher und sein Auftraggeber, in Standesrechtlicher Lehrgang 1994, p. 115.

12 Hamelin/Damien, Les règles de la profession d'avocat, 8^e éd., p. 340.

13 Martin, Déontologie de l'avocat, Paris 1995, p. 28.

14 Hamelin/Damien, op. cit., p. 342.

15 Spahr, Les règles de la profession d'avocat en droit valaisan, RVJ 1988, p. 403 ss, 425.

16 Badiou Alain, L'éthique, Essai sur la conscience du Mal, Hatier, 1993, p. 4.

17 Hegel, Phénoménologie de l'Esprit, Aubier, Tome 2, p. 32.

18 Article 12 de la Loi fédérale sur la libre circulation des avocats, RS 935.61.

Tomas Poledna und Walter Fellmann

2. Anwaltskongress vom 12.–14. Juni 2003 in Luzern

Die zweite SAV-Fortbildungstagung steht vor der Türe! Die erste Tagung hat sich als grosser Erfolg erwiesen. Das Konzept der Workshops mit freier Auswahl der Themen wurde sehr geschätzt. Für das Jahr 2003 haben wir gewisse Anpassungen am Konzept und der Themenauswahl vorgenommen, welche dem Praxisbezug, der raschen und zuverlässigen Wissensvermittlung und der Debatte in Fachkreisen noch mehr Gewicht geben.

Die zweite Tagung setzt das im Jahr 2001 Begonnene und Bewährte fort: Die Referentinnen und Referenten werden mit Ihnen in den einzelnen Fachgebieten die Rechtsentwicklungen der vergangenen zwei Jahre aufarbeiten. Bei der Auswahl der Referentinnen und Referenten wurde grosses Gewicht auf Praxisnähe und ausgewiesene Kompetenz gelegt. In einem ersten Teil jeder Veranstaltung wird ein Überblick über aktuelle Ereignisse in Rechtsprechung, Gesetzgebung und Literatur gegeben. In einem zweiten Teil besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen und besondere Probleme zu debattieren bzw. die aufgezeigten Entwicklungen zu diskutieren.

Mit den SAV-Fortbildungstagungen bietet der Schweizerische Anwaltsverband seinen Mitgliedern eine praxisnahe Fortbildungsmöglichkeit an, welche weite Gebiete des Rechts abdeckt. Sie erhalten Gelegenheit, innert kürzester Zeit Ihr Wissen – abgestimmt nach Ihren Bedürfnissen – periodisch und effizient auf den neusten Stand zu bringen. Das KKL bildet einen hervorragenden Rahmen, nicht nur intensiven Gedankenaustausch zu pflegen, sondern auch Anwältinnen und Anwälte aus der ganzen Schweiz zu treffen. Wie kaum bei einer anderen Veranstaltung kann man in kürzester Zeit nicht nur einen intensiven Know-how-Austausch betreiben, sondern auch alte und neue kollegiale Beziehungen pflegen.

Die fachbezogenen Referate werden ergänzt durch Referate, welche für das anwaltschaftliche Berufsumfeld von grosser Bedeutung sind, seien es die Bereiche der beruflichen Vorsorge, der Büroorganisation, des Umgangs mit Internet oder der Sprache. Besonderes Interesse dürfte auch das Thema der richtigen Partnerwahl in Kanzleien finden. Ein weiteres Sonderthema bildet die Wahl der Geschäftsleitung durch den Verwaltungsrat.

Die Referate der Tagung 2003 werden wiederum in einem Tagungsband publiziert, der in der neuen, beim Verlag Stämpfli erscheinenden Reihe «Aktuelle Anwaltspraxis – La pratique de l'avocat» erscheinen wird.

Als Verantwortliche für die Fachveranstaltung freuen wir uns darauf, Sie im Juni 2003 in Luzern begrüßen zu dürfen.

Tomas Poledna et Walter Fellmann

2^e Congrès des avocats du 12 au 14 juin 2003 à Lucerne

Les portes du deuxième Congrès de formation continue de la FSA vont bientôt s'ouvrir. Le premier d'entre eux a été un franc succès. Sa conception qui avait pris la forme d'ateliers traitant de thèmes parmi lesquels les participants pouvaient librement choisir a été vivement appréciée. Cette conception et le choix des thèmes ont reçu pour 2003 quelques adaptations visant à mettre l'accent sur une orientation axée sur la pratique, sur une transmission du savoir rapide et sûre, ainsi que sur l'organisation de débats entre spécialistes.

Ce deuxième congrès se veut la continuation de ce qui a été commencé et a fait ses preuves en 2001: Les intervenants procéderont avec vous à une mise à jour des développements survenus dans les différents domaines du droit ces deux dernières années. S'agissant du choix des intervenants, il a été porté sur des personnes proches de la pratique et à la compétence reconnue. Chaque atelier commencera par un survol de l'actualité en matière de législation, de jurisprudence et de doctrine. Un second temps sera réservé aux questions, aux débats sur des problèmes particuliers ou à la discussion sur les développements présentés.

Avec ses journées de formation continue, la FSA donne à ses membres la possibilité de bénéficier d'une formation orientée vers la pratique et couvrant de vastes domaines du droit. Elle vous offre l'occasion d'une efficace mise à jour périodique de votre savoir en un temps minimum et de manière adaptée à vos besoins. Le Centre de culture et de congrès de Lucerne constitue un cadre exceptionnel se prêtant non seulement à l'échange des idées, mais aussi à la rencontre d'avocats en provenance de toute la Suisse. Nulle autre manifestation ne permet en aussi peu de temps à la fois l'échange de know-how et la culture des relations professionnelles.

Les exposés spécialisés seront complétés par d'autres qui revêtent passablement d'importance dans l'exercice du métier d'avocat, tels par exemples ceux relatifs à la prévoyance professionnelle, à l'organisation du bureau, à l'emploi d'internet ou à l'usage de la langue. La question du choix judicieux des associés dans une étude devrait également soulever l'intérêt. La question du choix de la direction par le conseil d'administration devrait constituer un autre sujet d'intérêt particulier.

Les exposés du congrès 2003 seront de nouveau publiés dans un volume de la nouvelle série paraissant aux Editions Stämpfli sous la rubrique «Aktuelle Anwaltspraxis – La pratique de l'avocat».

En notre qualité de responsables de la manifestation, nous nous réjouissons de vous accueillir en juin 2003 à Lucerne.

Traktanden Delegiertenversammlung vom 13. Juni 2002, 17.00 Uhr, im Kultur- und Kongresszentrum von Luzern

102. Delegiertenversammlung

1. Protokoll der 101. Delegiertenversammlung vom 7. Juni 2002 in Lausanne
2. Jahresbericht
3. Genehmigung der Jahresrechnung 2002 und Dechargeerteilung an den Vorstand
4. Festlegung der Mitgliederbeiträge für das Jahr 2004
5. Statutarische Wahlen
 - 5.1 Wiederwahlen Vorstand
 - 5.2 Wahl des Präsidenten/der Präsidentin
 - 5.3 Neuwahlen Vorstand
 - 5.4 Wahl der Revisionsstelle
6. Motion der Anwaltsverbände der Zentralschweiz (Art. 25 Abs. 3 der Statuten): Erlass verbindlicher Berufsregeln SAV (schweizerische Berufsregeln)
7. Verschiedenes

Ordre du jour de l'assemblée des délégués du 13 juin 2002, 17h00, au Centre des congrès et de la culture de Lucerne

102^e assemblée des délégués

1. Procès-verbal de la 101^e assemblée des délégués du 7 juin 2002 à Lausanne
2. Rapport annuel
3. Approbation des comptes 2002 et octroi de la décharge au Conseil
4. Fixation des cotisations des membres pour l'année 2004
5. Elections statutaires
 - 5.1 Réélections au Conseil
 - 5.2 Election du Président/de la Présidente
 - 5.3 Nouvelles élections au Conseil
 - 5.4 Désignation de l'organe de contrôle
6. Motion des Ordres cantonaux de Suisse centrale (art. 25 al. 3 des statuts): adoption de règles professionnelles FSA obligatoires (règles professionnelles suisses)
7. Divers

Paritätische Pensionskasse des Schweizerischen Anwaltsverbandes (PPK-SAV)

Die Paritätische Pensionskasse des Schweizerischen Anwaltsverbandes (PPK-SAV) sucht infolge beruflicher Veränderung zweier Mitglieder des Stiftungsrats per Ende Mai 2003 je eine neue Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreterin resp. einen neuen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter. Wahlvoraussetzung ist die Mitgliedschaft bei der PPK-SAV. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Dr. Urs Beat Pfrommer, Präsident des Stiftungsrats PPK-SAV, Tel. 061 206 45 45, Fax 061 206 45 46, E-Mail holligersimonius@advokaten.ch.

Caisse de pension paritaire de la Fédération Suisse des Avocats (CCP-FSA)

La Caisse de pension paritaire de la Fédération Suisse des Avocats (CCP-FSA) cherche, pour cause de changements professionnels, deux membres du Conseil de fondation pour fin mai 2003, soit un/e nouveau/elle représentant/e des employeurs et un/e nouveau/elle représentant/e des employés. La condition pour être élu est d'être affilié/e à la CCP-FSA. Les personnes intéressées peuvent contacter M^e Urs Beat Pfrommer, Président du Conseil de fondation CCP-FSA, tél. 061 206 45 45, fax 061 206 45 46, e-mail holligersimonius@advokaten.ch.

Fachausschuss Mediation SAV

Mediatorin SAV/Mediator SAV

SAV-Mediationsausbildung (Block IV gemäss Reglement Mediator SAV/ Mediatorin SAV)

Weitere Kursangebote 2003

1. Daten: 12. Juni 2003
28. Oktober 2003
2. Zeit: 08.30 bis ca. 17.30
3. Ort: Kultur- und Kongresszentrum Luzern/Hotel Schweizerhof in Bern
4. Anzahl Teilnehmende: 24
5. Teilnahmeberechtigung: Absolvierte Mediationsausbildung gemäss Reglement (Basis Reglement Mediator SAV/Mediatorin SAV und Weisungen über die Anerkennung von Mediationsausbildungen)
6. Themen der Ausbildung: Der Anwalt resp. die Anwältin und die Mediation
 1. Die Rollen des Anwalts resp. der Anwältin in der Mediation (Berater/in, Begleiter/in, Mediator/in)
 2. Der Anwalt als Mediator resp. die Anwältin als Mediatorin
 - 2.1 Mediation und anwaltliche Tätigkeit
 - 2.2 Standesregeln und Richtlinien
 - 2.3 Mediationsvertrag
 - 2.4 Das Recht in der Mediation
7. Kurssprachen: Deutsch und/oder Französisch, je nach Anmeldungen
8. Kurskosten: CHF 500.– (inkl. Verpflegung)
9. Kursunterlagen:
 - Reglement Mediator SAV/Mediatorin SAV, Weisungen über die Anerkennung von Mediationsausbildungen, Richtlinien SAV für Anwaltsmediatoren (vgl. Handbuch SAV unter Lasche 3.1)
 - Weitere Unterlagen werden soweit angezeigt vor bzw. während des Kurses abgegeben

Das Formular Anmeldung zur SAV-Ausbildung bzw. Gesuch um Titelverleihung kann beim Sekretariat des Schweizerischen Anwaltsverbandes (Tel: 031 313 06 06, Fax: 031 313 06 16, E-Mail: info@swisslawyers.com) bezogen werden.

La Commission de médiation FSA

Médiatrice FSA/Médiateur FSA

Formation médiation FSA (Bloc IV conformément au règlement Médiateur/ Médiatrice FSA)

Autres offres de cours 2003 pour la médiation

1. Dates: 12 juin 2003
28 octobre 2003
2. Durée: 08h30 à 17h30 environ
3. Lieu: Centre des congrès et de la culture Lucerne/Hôtel Schweizerhof à Berne
4. Nombre de participants: 24 par cours
5. Prérequis: Formation à la médiation accomplie conformément au règlement (le règlement Médiateur/Médiatrice FSA et les directives pour la reconnaissance des formations à la médiation servent de base)
6. Thèmes de la formation: L'avocat et la médiation
 1. Le rôle de l'avocat dans la médiation (conseiller, accompagnant, médiateur)
 2. L'avocat comme médiateur
 - 2.1 La médiation et l'activité d'avocat
 - 2.2 Les règles de déontologie
 - 2.3 Le contrat de médiation
 - 2.4 Droit et limites dans la médiation
7. Langues: français et/ou allemand, selon l'inscription
8. Coûts de la formation: CHF 500.– (repas inclus)
9. Documentation:
 - Règlement Médiateur/Médiatrice FSA, directives pour la reconnaissance des formations à la médiation, directives de la FSA pour les avocats-médiateurs (cf. manuel FSA sous rubrique 3.1)
 - Toute autre documentation nécessaire sera remise avant le début du cours ou durant celui-ci

Vous pouvez obtenir le formulaire d'inscription et/ou d'admission au titre auprès du secrétariat de la Fédération Suisse des Avocats (tél. 031 313 06 06, fax 031 313 06 16, e-mail: info@swisslawyers.com).

Fachtagungen und Seminare / Conférences et séminaires**Zivilrecht / Droit civil**

23.05.2003	Neuerungen im Familienrecht/ZGB	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
16.09.2003	Ehe- und Scheidungsrecht – aktuelle Entwicklung	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbshsg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
30.09.2003	Willensvollstreckung – aktuelle Probleme	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbshsg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch

Handelsrecht / Droit commercial

08.–09.04.2003	Die Holding-Gesellschaft	Thalwil	Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch
21.05.2003	Die nächste Generation im Familienunternehmen	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbshsg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
27.05.2003	Aktuelle Rechtsfragen der Vermögensverwaltung und Anlageberatung	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbshsg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
19.–21.06.2003	Zertifizierter Lehrgang für den Verwaltungsrat	Thalwil	Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch
24.06.2003	Update im Gesellschaftsrecht	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbshsg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
23.09.2003	Internationales Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbshsg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
30.09.2003	Workshop zum Verantwortlichkeitsrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
21.–22.10.2003	Die Holding Gesellschaft	Thalwil	Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch
23.–25.10.2003	Zertifizierter Lehrgang für den Verwaltungsrat	Thalwil	Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch

Vertragsrecht / Droit des contrats

05.06.2003	Vertragsgestaltung und Vertragsbeurteilung	St. Gallen	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbshsg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
26.09.2003	Vertragsgestaltung	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch

Haftpflicht- und Versicherungsrecht / Droit de la responsabilité civile et des Assurances

11.11.2003	Der Allgemeine Teil des Sozialversicherungsrechtes (ATSG) – erste Erfahrungen	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbshsg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
------------	---	--------	---

Immaterialgüterrecht / Droit de la propriété intellectuelle

18.11.2003	Die Revision des Kartellgesetzes	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbshsg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
------------	----------------------------------	--------	---

Internationales Recht / Droit international

08.04.2003	Compliance in International Business – recent developments	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
05.06.2003	7. Zürcher Tagung zum internationalen Zivilprozess- und Verfahrensrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
28.11.2003	Auswirkungen US-amerikanischer Zivilprozesse auf die Schweiz	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch

Diverses / Divers

03.04.2003	Neue Erkenntnisse bei der Spurensuche «Aspekte der modernen Verbrechensbekämpfung»	Kursaal Bern	Siemens Schweiz AG, Civil and National Security, Freilagerstrasse 40, 8047 Zürich, Tel: 058 558 50 77, Fax: 058 558 38 16, E-Mail: fit.info@siemens.ch, www.siemens.ch/fit
25.04.2003	Strafrechtliche Sanktionen gegen Internet-Kriminalität	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
06.05.2003	Aktuelle Probleme des Wirtschaftsstrafrechts	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbshsg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
08.05.2003	Europäisches Wirtschaftsrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch

03.06.2003	Erfahrungssicherung und Know-how-Transfer in Anwaltskanzleien	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbschg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
12.–14.06.2003	Anwaltskongress des Schweizerischen Anwaltsverbandes	KKL Luzern	Schweizerischer Anwaltsverband, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel: 031 313 06 06, Fax: 031 313 06 16, E-Mail: info@swisslawyers.com
27.06.2003	Aktuelle Fragen zum Medienrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
29.08.2003	Insiderdelikte : Prävention und Strafrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch
21.10.2003	Immobilienrecht – neue Herausforderung und Risiken	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbschg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
28.10.2003	SAV-Mediationsausbildung	Bern	Schweizerischer Anwaltsverband, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel: 031 313 06 06, Fax: 031 313 06 16, E-Mail: info@swisslawyers.com
29.10.2003	Privatrechtlicher Persönlichkeitsschutz im Spannungsfeld zwischen Medienrecht und Selbstregulierung	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel: 071 224 25 70, Fax: 071 224 25 69, E-Mail: wbschg@unisg.ch, Website: www.wbs.unisg.ch
30.–31.10.2003	Internationale Steuerplanung bei Privatpersonen	Thalwil	Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel: 01 722 85 85, Fax: 01 722 85 86, E-Mail: info@zfu.ch
31.10.2003	Neue Entwicklungen im Anwaltsrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Telefon: 01 634 48 91, Fax: 01 634 43 59, E-Mail: eiz@eiz.unizh.ch

Verschiedene Veranstaltungen / Autres manifestations

International

03.–04.04.2003	International research and development agreements	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W ODH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
03.–04.04.2003	Europäisches Vertragsrecht	Trier	ERA Büro Brüssel, 12 Avenue Michel-Ange, 1000 Brüssel, Tel: +32 2 736 25 02, Fax: +32 2 736 25 03, E-Mail: brusseloffice@era.int
04.–05.04.2003	AIIA Conference	Bruxelles	AIIA, Avenue Louis Lepoutre 59/20, B-1050 Bruxelles – Belgium, Tel: +32 2 347 33 34, Fax: +32 2 347 55 22, E-Mail: office@aiaa.org, Internet: www.aiaa.org
07.–09.04.2003	International intellectual property law	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W ODH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
10.–11.04.2003	International technology licensing agreements	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W ODH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
10.–11.04.2003	Die Bekämpfung der Diskriminierung im Alltag für Spezialisten im Sozialrecht	Trier	ERA Büro Brüssel, 12 Avenue Michel-Ange, 1000 Brüssel, Tel: +32 2 736 25 02, Fax: +32 2 736 25 03, E-Mail: brusseloffice@era.int
03.–06.05.2003	Terrorism: Its Impact on the Law, Commerce, and Human Rights	Salzburg	Professor Dennis Campbell, Center for International Legal Studies, PO Box 19, A5033 Salzburg Austria, Fax: +43 662 835171, E-Mail: cils@cils.org, Internet: www.cils.org
15.–17.05.2003	Das faire Verfahren nach Art. 6 EMRK	Bregenz	DACH Europäische Anwaltsvereinigung, Kappelergasse 14, 8022 Zürich, Tel: +4143 344 70 20, Fax: +4143 344 70 21
19.–20.05.2003	Effective due diligence in international business transactions	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W ODH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
22.–25.05.2003	The Law, the Lawyer, and Alternative Dispute Resolution	Heidelberg	Professor Dennis Campbell, Center for International Legal Studies, PO Box 19, A5033 Salzburg Austria, Fax: +43 662 835171, E-Mail: cils@cils.org, Internet: www.cils.org
02.–03.06.2003	Drafting commercial agreements to comply with European law	London	Claire Vipas, Hawksmere, 12-18 Grosvenor Gardens, London SW1W ODH, UK, Tel: +44 (0)20 7881 1813, Fax: +44 (0)20 7730 4672, E-Mail: claire.vipas@hawksmere.com
14.07.–08.08.2003	Orientation in the U.S. Legal System	Washington D.C.	International Law Institute, Georgetown University Law Center, 1615 New Hampshire avenue, N.W. Washington D.C. 20009, Tel: (202) 483 30 36, Fax: (202) 483 3029, E-Mail: training@ili.org, Internet: www.ili.org
13.07.–09.08.2003	Orientation in U.S.A. Law	California	International Law Programs, School of Law, UC Davis Extension Building, 1333 Research Park Drive, Davis CA 95616-4852, Tel: (530) 757-8569, Fax: (530) 757-8596, E-Mail: law@unexmail.ucdavis.edu
11.08.–15.08.2003	Workshop on Legal Research and Writing	Washington	International Law Institute, Georgetown University Law Center, 1615 New Hampshire avenue, N.W. Washington D.C. 20009, Tel: (202) 483 30 36, Fax: (202) 483 3029, E-Mail: training@ili.org, Internet: www.ili.org
27.–31.08.2003	41 st Annual Congress of the International Association of Young Lawyers	Hong Kong	AIIA 2003 Congress Secretariat c/o International Conference Consultants, Ltd Units 501-3, 5/F, Far East Consortium Building, 121 Des Voeux Road Central, Hong Kong, Tel: (852)2559 9973, Fax: (852)2547 9528, E-Mail: aija2003@icc.com.hk, Internet: www.icc.com.hk/aia2003
30.08.–03.09.2003	47 th Congress of the Union Internationale des Avocats (UIA)	Lisbon	Centre administration UIA, 25, rue du jour, 750001 Paris, France, Tel: +33 (0) 1 44 88 55 66, Fax: +33 (0) 1 44 88 55 77, E-Mail: uiacentre@wanadoo.fr, Internet: www.uianet.org